Wortprotokoll 11. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode

Donnerstag, 5. September 2024, 19.00 Uhr
im Rathaussaal

Anwesend	36 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Bitschnau, GR Keller, GR Menzi, GR Schindler
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	Gemeinderatspräsident René Knöpfli
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Lisa Diethelm

Traktanden

Protokollgenehmigung
1. Protokoll der Sitzung vom 13. Juni 2024
2. Protokoll der Sitzung vom 4. Juli 2024

Einbürgerungen gemäss Beilage
3. Baumgärtner, Frank Robert / Baumgärtner, Marian Nicolaus / Baumgärtner, Nova Nicolaus
4. Binetsch, Peter / Hartung-Binetsch, Andrea
5. Fackeldey, Thomas
6. Härtel, Mandy Sigrun / Härtel, Max Markus / Härtel, Mattheo Markus
7. Kliwer, Markus
8. Ovalles Peña, Yeribel Altagracia
9. Struyven, Wim Hans Hilde / Struyven, Stephanie / Struyven, Emma Marlene / Struyven, Klaas Jasper / Struyven, Charlotte Leen
10. Zwirello, Martin Johannes

Botschaften
11. Kreditbegehren in Höhe von CHF 18.8 Mio., davon CHF 17.455 Mio. für den Bau einer Buseinstellhalle, eines Parkhauses und einer Velostation beim Hafenbahnhof, CHF 700'000.– als

Folgekosten für die Erschliessung (Zu- und Wegfahrt) sowie CHF 640'000.– für den Übertrag des Landes vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen zuhanden der Volksabstimmung

12. Zusatz-Kreditbegehren von CHF 0.3 Mio. für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs und die Projektierung bis und mit Volksabstimmung für die Sanierung und Erweiterung der bestehenden städtischen Verwaltungsliegenschaften (Alternativprojekt Stadthaus)

Motionen

13. Motion Senkung des Steuerfusses der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59% / Begründung
14. Motion Verbot biometrischer Erkennungssysteme in Kreuzlingen / Beantwortung

Interpellationen

15. Interpellation Stimmt Aufgabenzuweisung an Ordnungsdienste mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung überein – Parkbussen statt Sicherheit im öffentlichen Raum? / Begründung

Verschiedenes

16. Schriftliche Anfrage Betrieb von Erdgastankstellen durch Energie Kreuzlingen in der Stadt Kreuzlingen / Beantwortung
17. Schriftliche Anfrage zum Rückbau der Schrankenanlage beim Parkplatz Hörnli / Beantwortung
18. Schriftliche Anfrage zur Homepage der Stadt Kreuzlingen / Beantwortung
19. Verschiedenes

19.1. Motion Gewährleistung von Bargeldzahlungen in Einrichtungen der Stadt Kreuzlingen / Eingang

Der Ratspräsident: Geschätzte Gemeinderätinnen, geschätzte Gemeinderäte, geschätzte Stadträte, geschätzte Gäste, ich heisse Sie ganz herzlich willkommen zur heutigen Gemeinderatssitzung. Einen ganz speziellen Willkommensgruss geht an Gemeinderat Simon Brühwiler, der heute seine erste Sitzung hier erleben darf, zumindest die erste Sitzung als Mitglied des Gemeinderats. Ich wünsche dir eine spannende und gute Zeit in diesem Kreis. Vor einigen Tagen durfte ich für ein Interview Gast beim Bodensee-TV sein, und eine Frage war, was von meinem Präsidialjahr in Erinnerung bleiben könnte oder sollte. Sehr wahrscheinlich eine schlauere Antwort als die, die ich dort gab, ist mir heute auf dem Weg hierher eingefallen. Wenn einmal jemand sagt, das war doch der, der nach der vierten mehrstündigen Sitzung innerhalb von 24 Stunden noch einigermassen bei vollem Bewusstsein war, würde mir das schon genügen. Der erste Versuch dafür läuft seit gut einer Minute.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion. Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 13. Juni 2024

Abstimmung
Das Protokoll wird mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

2. Protokoll der Sitzung vom 4. Juli 2024

Abstimmung
Das Protokoll wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

3. Baumgärtner, Frank Robert / Baumgärtner, Marian Nicolaus / Baumgärtner, Nova Nicolaus

Entscheid
Baumgärtner, Frank Robert / Baumgärtner, Marian Nicolaus / Baumgärtner, Nova Nicolaus wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Binetsch, Peter / Hartung-Binetsch, Andrea

Entscheid
Binetsch, Peter / Hartung-Binetsch, Andrea wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Fackeldey, Thomas

Entscheid
Fackeldey, Thomas wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

6. Härtel, Mandy Sigrun / Härtel, Max Markus / Härtel, Mattheo Markus

Entscheid
Härtel, Mandy Sigrun / Härtel, Max Markus / Härtel, Mattheo Markus wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

7. Kliwer, Markus

Entscheid
Kliwer, Markus wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

8. Ovalles Peña, Yeribel Altagracia

Entscheid
Ovalles Peña, Yeribel Altagracia wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

9. Struyven, Wim Hans Hilde / Struyven, Stephanie / Struyven, Emma Marlene / Struyven, Klaas Jasper / Struyven, Charlotte Leen

Entscheid
Struyven, Wim Hans Hilde / Struyven, Stephanie / Struyven, Emma Marlene / Struyven, Klaas Jasper / Struyven, Charlotte Leen wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

10. Zwirello, Martin Johannes

Entscheid
Zwirello, Martin Johannes wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Botschaften
11. Kreditbegehren in Höhe von CHF 18.8 Mio., davon CHF 17.455 Mio. für den Bau einer Buseinstellhalle, eines Parkhauses und einer Velostation beim Hafenbahnhof, CHF 700'000.– als Folgekosten für die Erschliessung (Zu- und Wegfahrt) sowie CHF 640'000.– für den Übertrag des Landes vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen zuhanden der Volksabstimmung

Eintreten ist unbestritten.

GR Dal Dosso: Die Kommission hat die Botschaft sehr ausführlich diskutiert, in der Tat ging unsere Sitzung zusammen mit den anderen Traktanden knapp vor 23: Uhr zu Ende. Manche haben es dann trotzdem noch geschafft, auf ein Bier zu gehen. Ich gehe davon aus, dass ihr alle euch die Vorlage ausführlich angeschaut habt und würde deshalb nur auf die wesentlichen Diskussionspunkte und Meinungen eingehen. Als Erster legte SR Zülle die wesentlichen Unterschiede zum alten Projekt, das 2020 zurückgewiesen wurde, dar. Vom Bau her sind vor allem die Begrünung der Fassaden, die Photovoltaikanlagen auf dem Dach, die Schräganordnung der Parkplätze im 1. Und 2. Obergeschoss und die Positionierung der Veloabstellplätze unter der westlichen Rampe zu erwähnen. Von den Finanzen her sind es die verbindlichen Zusagen der Postauto AG und vom Kanton über die Miete von Buseinstellplätzen bzw. Parkplätzen. Das sichert etwa 40 % der erwarteten Erträge. Dann folgte eine kurze Erläuterung der Funktion des Parkhauses. Wenn man sich das anschaut, ist das gar nicht so einfach zu verstehen, wenn man sich vorher noch nie damit beschäftigt hat. Die Zufahrt für die Busse und die Autos der PH sollen über den Hafenbahnhof und die Hafenstrasse erfolgen, die Ausfahrt aller Fahrzeuge ist über die Promenadenstrasse vorgesehen. Es wurde gefragt, warum die Zufahrt der anderen Fahrzeuge über eine neu zu bauende und teure Zufahrtstrecke erfolgen soll und nicht wie die Busse. Das sei Auflage von Kanton und SBB, um mögliche Verkehrsbehinderungen zu vermeiden, wurde geantwortet. In der materiellen Beratung wurden die grundsätzlichen Fragen gestellt, ob die Busse nicht weiterhin bei Zecchinel in Tägerwilen bleiben könnten und ob ein Parkhaus an dieser Lage überhaupt erforderlich sei. SR Zülle und die Vertreter der Bauverwaltung konnten plausibel darlegen, dass die Einstellhalle bei Zecchinel langfristig nicht infrage kommt. Erstens sei es zu teuer, erfülle nicht mehr die Vorschriften, zum Beispiel die Brandschutzvorschriften, und besitze nicht die notwendige Infrastruktur für die Elektrifizierung der Busse, was ja vorgesehen ist. Es wurde auch nach alternativen Standorten in der Stadt gesucht, man habe aber keine befriedigenden Alternativen gefunden. Ebenfalls konnten SR Zülle und die Vertreter der Bauverwaltung plausibel darlegen, warum Parkplätze dort gebraucht werden. Durch das neue Bad Egelsee sei ein gewisser Druck auf die Parkplätze auf der Festwiese entstanden, deshalb möchte man die Parkplätze der PH ins Parkhaus am Hafen verlagern. Ein weiteres Ziel ist, zusammen mit dem geplanten Parkhaus an der Seestrasse die Parkplätze auf dem Kiesplatz am Hafen zu verlagern und die Fläche zu begrünen. Das Parkhaus sei auch für Besucher des Seeburgparks sehr attraktiv. Alle Kommissionsmitglieder begrüssen die Aufhebung des Kiesparkplatzes. Es wurde dennoch gefragt, warum dieses Ziel nicht explizit in der Botschaft erwähnt sei. Man habe darauf verzichtet, weil das Thema Parkplatzaufhebung heikel und nur mit dem Bau des Parkhauses an der Seestrasse realisierbar sei. Weiter wurde gefragt, warum

Park&Ride ebenfalls nicht erwähnt sei. Das sei bewusst gemacht worden, weil man will, dass die Zugnutzer mit dem Velo oder ÖV anreisen. Die Diskussion drehte sich dann noch um die finanziellen Aspekte. Die Mitglieder der Kommission waren über die verbindlichen Zusagen von Postauto AG und Kanton erfreut. Viele Fragen wurden zur Grundannahme einer durchschnittlichen Auslastung von 35 % der öffentlichen Parkplätze gestellt. Dies seien Erfahrungswerte aus Konstanz, und St. Gallen und ausserdem weise der Kiesparkplatz eine ähnliche Auslastung aus. Viele Mitglieder der Kommission waren der Auffassung, dass die Annahme eher konservativ sei und dementsprechend das erwartete Defizit niedriger sein werde oder es sogar zu einem Überschuss kommen könnte. Obwohl es durchaus kritische Stimmen gab, konnten sich viele Kommissionsmitglieder ausserdem der Meinung von SR Zülle anschliessen, dass nach Ende der Abschreibungsdauer in 33 Jahren, wenn die Aufwendungen für Abschreibungen und Kapitalverzinsungen entfalle, das Parkhaus hochprofitabel sein wird. Einigkeit bestand auch darin, dass das allfällige Defizit durch die üppig gefüllte Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung gedeckt werden kann und dass dies keinen negativen Einfluss auf die Stadtfinanzen und den Steuerfuss haben wird. Zum letzten Punkt der hohen Kosten hielt sich die Diskussion in Grenzen. Es war den Kommissionsmitgliedern bewusst, dass dies kein normales Parkhaus ist, sondern eine Multifunktionsparkierungsanlage mit gewissen architektonischen Ansprüchen, was einen klaren Kostenzuschlag bedeutet. Es wurde aber angemerkt, dass die Kalkulation auf dem Baukostenindex Stand April 2022 basiert und dass mittlerweile der Index etwa 6 % höher ist. Wenn das Parkhaus gebaut wird, werden die Kosten höchstwahrscheinlich mehr als CHF 20 Mio. betragen. In der Volksbotschaft ist die Höhe von CHF 18.8 Mio. für den Kredit aber formell richtig, wenn der Bezug auf den Baukostenindex Stand April 2022 explizit erwähnt wird. In der anschliessenden Meinungsrunde zeigte sich eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder überzeugt, dass es ein gutes Projekt sei und die Stadt dieses Parkhaus braucht. Es gelte nun, den Investitionsstopp zu beenden und weiterzumachen. In der abschliessenden Abstimmung waren 6 Mitglieder für die Botschaft, 3 enthielten sich der Stimme.

GR Dal Dosso: In der FL/G/GLP-Fraktion sehen wir die Vorteile der Multifunktionsparkierungsanlage, aber wir haben dennoch einige Fragen und Bedenken. Kosten: Die Kosten sind sehr hoch. Die Investition könnte nicht rentabel sein, wenn die Auslastung tief ausfällt. Hier handelt es sich um Annahmen. Ausserdem ist es auch unsicher, wie die Lage in 33 Jahren sein wird. Wie hoch wird der Innovationsbedarf sein, wenn überhaupt? Wie wird sich die Mobilität entwickeln? Auslastung: Es gibt Zweifel, dass das Parkhaus ausgelastet ist, da der Standort für diejenigen, die nach Konstanz zum Einkaufen gehen, von Konstanz und vom Egelsee-Zentrum zu weit entfernt ist. Zudem besteht das Risiko einer späteren Kannibalisierung durch die anderen geplanten Parkhäuser. Timing: Es wäre sinnvoller, zuerst das Parkhaus an der Seestrasse und das Parkhaus unter der Festwiese zu bauen. Diese sind geografisch günstiger gelegen, und erst dann kann man einen allfälligen Zusatzbedarf einschätzen. Zecchinel: Die Busse könnten weiterhin in Tägerwilen bei Zecchinel stationiert bleiben. Angeblich bezahlt man die Miete für die Halle und nicht pro Bus. Bei mehr Bussen würde dementsprechend die Stückmiete sinken. Zecchinel könnte auch die notwendige Infrastruktur für elektrische Busse bereitstellen. Diesbezüglich haben wir uns gefragt, ob mit Zecchinel verhandelt und nach einem Mietvertrag zum Beispiel über 20 Jahre gefragt wurde. Alternativnutzung: Das Areal könnte für einen Bruchteil der Kosten in mindestens 100 bis 150 Parkplätze für Autos umgewandelt werden. Die Umlagerung der PH-Parkplätze von der Festwiese wäre weiterhin möglich. Am Ende der Diskussion haben wir keine formelle Abstimmung durchgeführt, jedoch war die Stimmung eher zurückhaltend. Wir sind aber offen, zumal SR Zülle nach der Fraktionssitzung auf unsere Bedenken eingegangen ist, und wir freuen uns sehr auf die kommende Diskussion.

GR Leuch: Das Wort Verkehr in den Mund zu nehmen, ist nicht ganz so einfach. Nach der Sitzung vom 21. März müsste man fast sagen, in diesem Saal ein No-Go. An diesem Abend, wir erinnern uns, herrschten in diesem Saal Verzweiflung, Frust und Ratlosigkeit. Trotzdem müssen wir uns heute mit dem Kreditantrag des Stadtrats befassen. Die MITTE/EVP-Fraktion hat sich damals zurückgehalten, heute aber sind wir für Lösungen zu haben. Ich nenne die Möglichkeit, die wir heute auf dem Tisch haben, einen ersten Schritt aus dem Verkehrsstau-Jammertal. Zum Verkehr gehört nun mal auch die Unterbringung der Fahrzeuge. Mit diesem Projekt können wir mehrere Fliegen auf einen Streich erledigen. Die Kombination, Busse, Autos, Velos kompakt an einem Ort zu haben, Form und Fläche sind ja durch die Grösse des Grundstücks und die Technik der Anlage vorgegeben. Viel anderes ist gar nicht möglich. Es ist gut

erschlossen, liegt an guter Lage. Das Land wurde extra dafür gekauft. Zusammen mit dem Parkhaus an der Seestrasse, dessen baldige Ausschreibung im Baurecht in Aussicht gestellt wurde, und der Einführung des Parkleitsystems könnte man es als ersten Schritt bezeichnen. Wieso ein Parkhaus? Wir haben vorhin gehört, man könnte die Fahrzeuge einfach auch wieder auf einen Kiesplatz stellen. Dann sind wir gleich weit wie heute und haben nichts bewegt. Irgendeine Alternative habe ich nicht gehört. Unser Boden ist begrenzt, und zukünftigen Generationen steht sicher weniger Land zur Verfügung als uns, und für uns ist es schon knapp. Wir müssen vom Alali-Prinzip wegkommen. Das ist das Aldi-, Landi-, Lidl-Prinzip, wie man Parkplätze baut. Bei denen ist es so, dass sie etwa gleich viel Parkfläche wie Verkaufsfläche brauchen. Das ist ein wahnsinniger Ressourcenverschleiss, den man da mit den Parkplätzen betreibt. Grosse Flächen in unserer Stadt sind aber auch von Industrie und Gewerbe nur als Parkfläche blockiert. Bei Amcor und anderen Firmen fällt auf, wie gross diese Parkplatzflächen sind. Ein grosser Teil der Gesamtflächen wird rein nur als Parkplätze genutzt. Dadurch werden grosse Flächen blockiert und unser Land um viele Hektaren verknappt. Stapeln wir doch endlich unsere Blech-, Plastik- und Elektrovehikel übereinander wie in einem Regal. Wenn kein Platz mehr da ist, dann halt übereinander. Freie Flächen, die dadurch entstehen, verschaffen uns mehr Spielraum am See, auf dem Bärenparkplatz und bei den Guyer-Bauten. Es geht also nicht um eine Reduzierung von Parkplätzen, sondern einfach um eine Verlagerung. Die Lage der Buseinstellhalle ist zentral. Das hat den Vorteil von kurzen Wegen. Sinnlose Leerfahrten – die Busse sind jeweils mit Dienstfahrt angeschrieben, aber im Prinzip handelt es sich um Leerfahrten – durch die Stadt sind auch unnötige Verkehrsbehinderungen. Weiter ist es günstiger als eine Mietlösung. Ein zusätzlicher Vorteil ist die Energieversorgung auf dem Dach. Tagsüber können Studierende der PH die Parkplätze nutzen, die dann vom Bus nicht gebraucht werden. Nach der gestrigen Sitzung der EnK ist mir noch eine andere Idee eingefallen. Beim Gespräch über den Kauf eines grossen und sehr teuren Stromspeichers habe ich mir überlegt, warum man die Autos nicht auch als Stromspeicher braucht. Das könnte man ja. Die Menge an Sonnenenergie ist durch die Sonnenscheindauer bestimmt. Am effizientesten wäre es, die Autos am Tag aufzutanken, wenn der Strom produziert wird. Man könnte die Autos am Morgen mit leerem Akku hineinfahren und abends vollgeladen wieder auf die Strasse. Die Energie dieser 1'000 m² PV-Fläche würden dafür ausreichen, 140 Autos ein Jahr lang zu fahren. Es stimmt, die Kosten sind hoch, aber der Nutzen auch. Wichtig ist, dass das Parkieren von den Parkierenden finanziert wird und es keine Steuergelder braucht und auch keine Steuererhöhungen daraus folgen. Es gibt andere Projekte, die unsere Steuern in die Höhe treiben könnten, aber dieses nicht. In unserer Fraktion gab es auch einiges zu besprechen. Viele Fragen bis zum Departement mit Antworten. Ausserdem gab es Zahlen, die uns nicht ganz klar waren. Bis heute sind einige Unklarheiten und Unsicherheiten nicht ausgeräumt. Aber wir sind grossmehrheitlich für dieses Projekt. Wagen wir den ersten Schritt, einen vernünftigen Schritt und sagen ja zu Bus, Auto und Velo an einem Ort.

GR Wittgen: Im Gegensatz zur vorberatenden Kommission haben wir die Botschaft zum Kreditbegehren in der Höhe von 18.1 Mio. für das Parkhaus am Hafenbahnhof nicht bis um 23 Uhr diskutiert. Wie bereits 2020 sind wir der Meinung, dass ein Parkhaus kombiniert mit einer Buseinstellhalle und einer Velostation auf dieser ausschliesslich zu diesem Zweck erworbenen Parzelle verschiedene Vorteile mit sich bringt. Einerseits erhält die Stadt eine eigene Buseinstellhalle, wodurch Mietausgaben von CHF 140'000 pro Jahr an eine externe Unterbringung sowie ineffiziente Leerfahrten zu einer Einstellhalle, die nicht mehr die notwendige Infrastruktur wie Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge oder einen ausreichenden Brandschutz bieten kann, wegfallen. Und dort kommt es nicht darauf an, wie viele Busse letztlich in der Halle stehen. Anderseits können 219 Parkplätze für Personenwagen zum Hafenbahnhof verlegt werden, zum Beispiel vom Kiesplatz am Hafen, an schönster Lage, die eine viel attraktivere und grünere Benutzung verdient hätte, als dass man Autos darauf abstellt. Oder vom Bärenplatz, wo es seit der Eröffnung des Schwimmbads Egelsee auch wieder mehr Nachfrage gibt. Erfreulicherweise liegen Beurkundungen vor, auf denen 96 Parkplätze vom Kanton fix gemietet werden, was eine wirtschaftlich und nachhaltig sinnvolle Doppelnutzung mit den Buseinstellplätzen ermöglicht, fixe Einnahmen generiert und das Risiko einer Unternutzung verkleinert. Ausserdem erhalten Zugreisende, die mit dem Velo zum Bahnhof fahren, die Möglichkeit, einen Abstellplatz zu finden, auch wenn sie nicht bereits um 6:30 Uhr auf den Zug gehen, und ihr Velo dort sicher stehen zu lassen. Die Nutzung Buseinstellhalle, Autoparkierung und Veloparkierung kann mit diesem Projekt sehr kompakt und mit geringem Landverbrauch

untergebracht werden. Dadurch werden Flächen, zum Beispiel in der Industrie- und Gewerbezone frei. Im Gegensatz zum ersten Projekt, das wir wegen zu grossen Unsicherheiten, die damals dem ungünstigen Zeitpunkt der Botschaft geschuldet waren, zurückgewiesen haben, wurden die Zu- und Wegfahrtsituationen deutlich verbessert. Dadurch wird der Verkehrsfluss auf der stark befahrenen Hafenstrasse begünstigt. Ausserdem liegen mittlerweile die Zusicherungen für die Fixmieten von Postauto und Kanton vor. Hinzugekommen ist durch die Bearbeitung des Projekts die Fassaden- und Dachbegrünung, die die notwendigen Retentionsflächen bieten und sogar mindestens teilweise durch das Dachwasser bewässert werden können, dies kombiniert mit einer PV-Anlage, deren Strom zum Laden der Elektrofahrzeuge verwendet werden kann. In diesem Sinn hat die Rückweisung von 2020 zu einem optimierten Projekt geführt. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Projektkosten in der Zwischenzeit gestiegen sind, was vor allem den höheren Bau- und Materialkosten bzw. der Indexierung zuzuschreiben ist. Aufgrund der kurzen Abschreibedauer von 33 Jahren rechnet der Stadtrat in seiner vorsichtigen Kalkulation bei einer Auslastung von 35 % mit einem jährlichen Defizit von CHF 200'000 in dieser Zeit. Sollte diese Belegungsprognose eintreffen, und das, obwohl die Belegung durch das zukünftige Parkleitsystem und durch Gebühren gesteuert werden kann, würde das Defizit insgesamt CHF 6.6 Mio. betragen. Diese können durch die Spezialfinanzierung, in der CHF 20 Mio. für Parkierungsinfrastruktur und den ÖV verfügbar sind, vollständig gedeckt werden, sind also steuerneutral. spätestens nach diesen 33 Jahren Abschreibungsdauer wird das Parkhaus Einnahmen generieren. Aufgrund dieser Vorteile, und weil eine weitere Verzögerung in Anbetracht der weiterhin steigenden Kosten auf keinen Fall wünschenswert ist, wird die SP/GEW/JUSO-Fraktion diese Botschaft einstimmig annehmen und hofft, dass das Stimmvolk ebenso entscheiden wird.

GR Semeraro: Es ist überhaupt nichts Neues. Die gleiche Botschaft wie im Jahr 2020. Ein Luxusbau und kein Zweckbau. Die Gleisanlage der SBB und die hochfrequentierte Hauptstrasse würde ich nicht als sensible Umgebung deuten, da würde auch ein Zweckbau genügen. Wir haben zur ersten Botschaft Nein gesagt und machen das auch heute. Ein Parkhaus sollte, ja muss sogar für die Stadt gewinnbringend sein und ganz bestimmt kein jährliches Defizit einfahren. Da die Buseinstellhalle doppelt vermietet werden kann, ist es unverständlich, dass ein Defizit eingefahren wird. In der Botschaft wird nicht erläutert, wie sich die Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung in den nächsten Jahren entwickeln wird. Es wird der heutige Stand von rund CHF 20 Mio. erwähnt. Wie der sich aber mit der jährlichen Entnahme durch das Parkhaus, aber auch durch die Subventionierung des Einfränkler-Busses entwickelt, ist nicht ersichtlich. Wenn der Fonds aufgebraucht ist, ist das Parkhaus nicht mehr steuerneutral. Zukünftig wird sicher weniger in den Fonds eingenommen werden, zukünftig werden vermehrt Parkplätze wegfallen, zum Beispiel die Parkplätze am See, die Parkplätze beim Stadthaus an der Marktstrasse, aber auch die an der Hauptstrasse Nord. Zudem wird vermehrt mit Park-Apps bezahlt. Diese rechnen minutengenau ab, was auch zu Mindereinnahmen führen dürfte. Ob die Probleme in Tägerwilen so schlimm sind? Grundsätzlich ist der Vermieter für die Instandhaltung der Infrastruktur zuständig, das ist doch nicht das Problem der Stadt Kreuzlingen. Durch den Kiesplatz am Hafenbahnhof wird bereits jetzt das Problem mit den PH-Parkplätzen an Bärenplatz entschärft, wobei sich da die Frage stellt, warum PH-Studierende und-Angestellte, von denen doch einige im politisch grünen Spektrum anzusiedeln sind, überhaupt mit dem Auto zur Schule fahren müssen. Wir haben in der Stadt mittlerweile eine so gute ÖV-Anbindung, da muss man doch den angehenden Lehrern nicht noch zusätzliche Parkplätze zur Verfügung stellen. Die Postauto AG ist jetzt im Baurecht in einer städtischen Liegenschaft. Wie sieht der Baurechtsvertrag aus? Heimfallentschädigung? Dazu kein Wort in der Botschaft. Was passiert mit dieser Liegenschaft? Für eine vorzeitige Beendigung des Baurechts braucht es nach unserer Ansicht einen Gemeinderatsbeschluss, auch das kostet gewöhnlich etwas. Bei der günstigen Velostation, ich bei der man das Velo mit Anhänger fast gratis abstellen kann, fehlt es an einer Kostenwahrheit. Wir werden sicher in der Detailberatung noch die eine oder andere Anmerkung bzw. Frage anbringen. Unser Fazit: Nein zum überteuerten Projekt. Da soll die Stadt verdienen, nicht Geld verlieren. Kein architektonischer Kunstbau, sondern ein Zweckbau sollte es sein. Die SVP-Fraktion lehnt diese Botschaft aus den genannten Gründen einstimmig ab.

GR Cornel: Bei uns wurde das nicht ganz so harmonisch diskutiert. Einerseits Steuergeldverschwendung für einen viel zu teuren und unnötigen Bau oder ein sinnvolles, Synergien nutzendes Projekt, um endlich

die Parkplatzsituation in Kreuzlingen zu entschärfen? Schwarz-Weiss gemalt oder die gängigen Meinungen auf den Punkt gebracht? Die heutige Botschaft wurde basierend auf den Einwänden der Gemeinderäte zur Zurückweisung der Botschaft 2020 erstellt. Wir stellen fest, zwischenzeitlich hat man die Absichtserklärungen von Postauto AG und Kanton erhalten, das sind aber keine definitiven Zusagen. Die Situation zu einem neuen Parkhaus beim Dreispitz ist nach wie vor ungeklärt. Lassen Sie uns einige Zahlen berechnen: Wenn man die Baukosten von 5.6 Mio., das stammt aus dem Kostenvergleich der Beilage 5, durch die 20 vorgesehenen Busse rechnet, kostet uns ein Einstellplatz pro Bus CHF 82'000. Oder andersherum: Nehmen wir den Kostenblock für die 162 Autoparkplätze mit 10. Mio. Kosten für den Bau, dann kostet ein Parkplatz CHF 64'000. Das ist sehr viel Geld. Unsere Fraktion hat viele Gespräche geführt und erfahren, dass die heutige Busabstellhalle momentan noch genügen würde. Es könnten sogar noch mehr Plätze geschaffen werden. Nun plant der Inhaber zukünftig ein grösseres Projekt auf diesem Grundstück und die Mietkosten würden zukünftig tendenziell gleichbleiben, oder wenn wir ehrlich sind wohl eher steigen. Die Stadt Kreuzlingen müsste das Buseinstellhallenproblem mit Sicherheit wieder neu angehen. Einige in unserer Fraktion haben sich gewünscht, dass man aufgrund weiterer anstehender Projekte bzw. eines möglichen zukünftigen Liquiditätsengpasses dieses Projekt im Baurecht hätte vergeben sollen. Aber das steht heute nicht zur Diskussion. Dass der Beitrag aus einem bestehenden Kässeli der Spezialfinanzierung kommt, mag sein. Nur sollten wir aufgrund der vielen anstehenden Projekte die Verschuldungskapazität im Auge behalten, und die rund CHF 20 Mio. könnten eventuell später noch von Nutzen sein. Aber ob die weiteren geplanten Projekte in unserer Stadt vom Volk angenommen werden, steht in den Sternen. Bei einem Nein werden noch viele Jahre vergehen, bis über ein neues Parkhausprojekt am Hafen abgestimmt werden kann. Und wie wir alle wissen, werden bis dann die Projektierungs- und Baukosten mit grösster Sicherheit wieder ansteigen. Zudem ist ein Parkhaus grundsätzlich eine der wenigen Investitionen in einer Stadt, womit Gewinn erwirtschaftet werden kann bzw. soll. Die Synergien zwischen Busunterstellplatz – es ist keine abschliessbare Einstellhalle –, den Veloabstellplätzen und Autoparkplätzen für die PH bzw. die Öffentlichkeit ist sicherlich zeitgemäss und sinnvoll im Umgang mit den wenigen Landreserven, die wir in unserer Stadt noch haben. Ob die geplante Doppelnutzung von Bus und PH-Parkplätzen so einfach umsetzbar sein wird, wird sich zeigen. Ein wunderschöner Parkplatz mit Seesicht für die Autos – so wurde der Kiesplatz am Hafen letzthin hämisch bezeichnet, und das notabene mehrheitlich für die Einkaufstouristen, die ihr Geld ennet der Grenze ausgeben. Der zuständige Stadtrat hat zugesichert, dass die gleiche Anzahl öffentlich geschaffener Parkplätze beim zukünftigen Parkhaus auf dem grossen Hafenkiesplatz aufgehoben wird. Es wird noch genügend Parkplätze für das lokale Gewerbe, die Bodensee-Arena und Fussballbegeisterte geben. Das neue Parkhaus am Hafen ist ein erster Schritt und die Chance, um endlich Platz für etwas Tolles auf unserem Hafenareal zu schaffen. Das neue Parkhaus am Hafen entlastet den Parkplatz beim Dreispitz und generiert freie Parkplätze für die Besucher des Schwimmbads. Es sollte auch für die Nutzer der Bahn – 2027 soll ja der Anschluss für den Hochrhein-Bodensee-Express von Herisau nach Basel gebaut werden –, es soll die Besucher des Seeburgparks sowie Besucher der Schule und Einkaufstouristen erstellt werden. Aber bitte nicht vergessen, liebe Kreuzlinger Steuerzahler, Parkplätze sind nicht kostenlos. All die Nutzer bezahlen eine Gebühr. Es gibt sicher sehr viele Abhängigkeiten in diesem sicherlich nicht kostengünstigen Parkhausprojekt. Endlich den gordischen Knoten bei der Parkplatzsituation in Kreuzlingen zu lösen und etwas Zukunftsträchtiges zu gestalten, sollte aber unsere Aufgabe sein. Die FDP-Fraktion heisst diese Botschaft mit 4 Ja, 1 Enthaltung und 2 Ablehnungen gut. Je nach Verlauf der heutigen Diskussion kann sich das Abstimmungsverhalten aber noch ändern.

GR Dahinden: Ich kann mich für dieses Projekt nicht begeistern. CHF 20 Mio., um 20 Busse zu parkieren? Das ist eine perfide Frage, dessen bin ich mir bewusst, und als Rechnung so sicher nicht haltbar. Aber die Botschaft rechnet ganz ähnlich. Sie teilt nämlich den Mietpreis, den wir in Tägerwilen bezahlen, durch die Anzahl Busse und misst sie an der Anzahl Busse. CHF 140'000, dort stehen nachts 8 Busse – unter anderem – gibt CHF 17'500 Mietpreis pro Bus. Das ist genau die gleiche Logik und ebenso falsch und unhaltbar. Wer beim Gewerbe oder in Form einer Wohnung Raum mietet, bezahlt einen Zins, das ist klar. Aber das ist völlig unabhängig davon, wie viele Kisten er in diese Halle stellt, ob 20 oder 200, oder wie viele Stühle er in die Wohnung stellt, die er gemietet hat. Das ist doch nicht das Kriterium. Man bezahlt den Mietpreis doch nach der Fläche, das ist eines der wichtigsten massgebenden Kriterien.

Wenn man dann so eine Rechnung vorfindet, wird man – zumindest in meinem Fall – ein bisschen misstrauisch, auch gegenüber den anderen Argumenten. Ich habe mir auch die Halle in Tägerwilen zweimal, zusammen mit den Leuten, die in dieser Halle arbeiten, genau angeschaut. Es heisst, diese Halle sei sanierungsbedürftig. Das ist sie tatsächlich, das ist absolut richtig. Und wenn man die Chauffeure fragt, was sie am liebsten verbessert haben möchten, ist die Antwort ziemlich eindeutig: Wir hätten gern eine gute Isolation, also ein bisschen wärmer im Winter und ein bisschen kühler im Sommer. Jetzt müssen wir noch daran erinnern, was mit der neu geplanten Halle im Winter sein wird – sie ist ja rundum offen für jede Kälte. Somit wird das Isolationsproblem auch mit der neuen Halle nicht gut gelöst sein. In der Botschaft heisst es, es sei äusserst schwierig bis fast unmöglich, die Ladeinfrastruktur in Tägerwilen herzustellen. Wenn man diese Halle betritt, sieht man gleich zuerst beim ersten Pavillon, der auch noch dort steht, Pläne von Eurobus, die bereits daran sind, diese Ladeinfrastruktur nicht bloss zu planen, sondern umzusetzen. Also hier bin ich auch stutzig geworden. Was mir in dieser Botschaft auch nicht gefällt, ist diese Schwarzweissmalerei. Die Halle in Tägerwilen ist in allen Bestandteilen und in jeder Hinsicht schlecht dargestellt. Sie hat aber auch Vorteile. Zum Beispiel verfügt sie über sehr geräumige Aussenflächen zum Manövrieren und zum Bereitstellen der Busse. Die Infrastruktur für das Personal (Duschen, Umkleideräume) ist vorhanden. Auch gibt es eine Waschanlage für die Busse draussen und man könnte im Notfall weitere 1'000 m² in der anderen Halle dazu mieten. Ich hätte in einer Botschaft gern als Grundlage eine Gesamtschau und nicht etwas, was einfach nur eine Seite in den Himmel hochjubelt und das andere völlig schwarz und schlecht darstellt. Irgendwann bin ich zur Frage gekommen: Was fehlt uns, wenn wir dieses Parkhaus nicht bauen? Gibt es irgendein Problem, welches wir anders nicht lösen könnten? Und zwar günstiger, viel schneller und allenfalls auch wieder rückbaubar, also flexibel? Konkret würde das heissen, die Busse bleiben dort, wo sie sind. Einfache Parkierungsmöglichkeiten für PWs, das würde in nächster Zeit für mich genügen. Was fehlt uns, wenn wir das nicht bauen? Wem bringt es etwas? Bringt es dem Zentrum etwas, wo Geschäfte und Anlaufstellen sind, wo die Leute, wenigstens wir Kreuzlinger hingehen müssen? Ist das Ausfahren verkehrstechnisch tatsächlich so problemlos, wie es in dieser Botschaft dargestellt wird? Ist diese riesige Investition dringend, zwingend notwendig? Für mich ist der Preis überrissen. Diese CHF 20 Mio. rechtfertigen sich nur, wenn das Vorhaben tatsächlich dringend und alternativlos ist.

GR Schulthess: Es gibt viele Gründe, diesem Parkhausvorhaben kritisch gegenüberzustehen. Aber wenn man die Botschaft genau liest, wird eigentlich schnell klar, dass es nicht darum geht, die Buseinstellkosten von CHF 17'000 auf CHF 11'000 pro Jahr zu reduzieren. Und es geht auch nicht darum, dass man am See genügend Parkraum schafft. Sondern am Schluss steht hier einmal mehr eine grüne Agenda drin. Man möchte am See die Parkmöglichkeit wegmachen, den Kiesplatz aufheben, man möchte Lastenveloabstellplätze, Velogaragen, Solarzellen aufs Dach, das Dach begrünen. Das steht informell im Zentrum dieser Botschaft. Schlimmer aber, einmal mehr tischt man uns ein Einzelprojekt auf, das losgelöst von irgendwelchen Verkehrskonzepten, die uns in dieser Stadt immer noch fehlen, dasteht. Verkehrsprojekte werden wie Aromat verteilt – mal einen Bahnübergang dort schliessen, mal ein Parkhaus bauen, mal ein Busdach ohne sicher zu sein, dass das für Busse der richtige Standort ist. Wie wäre es, wenn man einmal mit einem Konzept, welches wir hier schon seit vielen Sitzungen fordern, anfängt und dem dann ein Parkhaus folgen lässt oder eben auch eine Verkehrsachse, die funktioniert? Diese CHF 18 Mio. wären im Übrigen eine gute Anzahlung oder ein guter Teil von einem querenden Viadukt, wobei man so eine Bushalle gleich integrieren könnte, um das nebenbei noch zu bemerken. Schlussendlich wird aber dieses Parkhausdefizit, und es ist von Anfang an schon ein geplantes Defizit, durch Parkbussen und eine bereits geplante Gebührenerhöhung finanziert. Seien wir doch ehrlich. Es heisst zwar Spezialfinanzierung, aber da drin stecken vor allem Parkbussen von Leuten, die vorne am See falsch parken. Spätestens hier wird es für liberal denkende Politiker schwierig. Ich zitiere aus der Botschaft: "Zudem hat der Stadtrat die Möglichkeit, über die Preispolitik und das Parkplatzangebot am Hafen Einfluss auf die jährlichen Parkplatzeinnahmen zu nehmen und so die Parkplatzauslastung bis zu einem gewissen Mass zu steuern." Ich übersetze das mal. Wir machen die Parkierungskosten am Hafen grösser und die Parkplätze künstlich teurer und knapper, um ein defizitäres Parkhaus auszulasten. Nichts anderes steht in dieser Botschaft, und wer von den Leuten hier drin versprochen hat, dass man sich dagegen wehrt, dass für Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger das Parkieren immer teurer wird, müsste

dieser Botschaft mit einem Nein begegnen. Es werden nämlich vor allem Kreuzlinger belastet. Eltern, die ihre Kinder zur Eisbahn bringen und wieder abholen, Sportler usw. Der Neid auf die Leute, die in Konstanz einkaufen und hier parken, ist völlig deplatziert. Es geht darum, dass wir unsere eigenen Bürger im Fokus behalten und diese nicht mit höheren Gebühren belasten, um ein defizitäres Parkhaus zu bezahlen.

GR Salzmann: Wir haben zurzeit in Kreuzlingen mehrere Dutzend Millionen verzinsliches Fremdkapital – man könnte dem auch Bankschulden sagen. Wir haben jetzt ein Egelsee gebaut, wir werden wahrscheinlich im Kult-X ziemlich viel Geld investieren, und wir wissen alle, dass wir noch sehr viele Projekte in der Pipeline haben. Ob das nun gebührenfinanzierte oder steuerfinanzierte Projekte sind, spielt der Bank keine Rolle. Die juristische Einheit Stadt Kreuzlingen hat Bankschulden, die wir verzinsen müssen. Gott sei Dank momentan bei tiefen Zinsen, aber das kann ja wieder einmal anders kommen. Und jetzt sollen wir hier CHF 20 Mio. obendrauf tun. CHF 20 Mio. neue Schulden. Schlicht und einfach. Und wenn man sich die ganzen Projekte von der Bodensee-Arena bis zum Stadthaus, zum Wärmeverbund und zum EnK-Gebäude anschaut, gilt es jetzt, einfach irgendeinmal anzufangen, Prioritäten zu setzen. Wer jetzt für dieses Parkhaus ist, muss dann konsequenterweise später Nein zu einem Stadthaus sagen oder Nein zu einem EnK-Gebäude oder Nein zur Bodensee-Arena oder anderen grösseren Projekten. Wir werden kaum eine Bank finden, die uns so viel Geld gibt, wie im Finanzplan steht. Das ist nicht mehr seriös. Leider hat es der Stadtrat versäumt, das Ganze im Baurecht auszuschreiben, wie es die FDP damals bei der ersten Version gefordert hat. Ein Grundstück an einen Meistbietenden zu verkaufen, ist sicher eine gute Sache, ist aber nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Es gilt heute Abend, Prioritäten zu setzen. Fragt euch, was euch wichtig ist. Ist euch eine Bodensee-Arena wichtiger oder ein Stadthaus oder eben dieses Parkhaus? Und ich glaube, dann ist die Antwort relativ eindeutig.

SR Zülle: Ich vertrete hier nicht eine Einzelmeinung, sondern ich gebe eine Antwort auf all die vielen Fragen oder Anmerkungen zu dieser Botschaft. Wenn es um die Zahlen geht, können wir in einzelnen Punkten sicher noch genauer darauf eingehen. Da möchte ich keinen grossen Vortrag halten, aber doch die wichtigsten Sachen erwähnen, die man korrigieren muss, weil sie falsch sind. Falsch ist, dass Kreuzlingen eine riesige Verschuldung hat und man schauen muss wie verrückt. Klar hat man Bankschulden, aber wir haben zwischen CHF 80 Mio. und CHF 90 Mio. reines Vermögen. Wir haben keine Nettoverschuldung. Natürlich sind da die Liegenschaften mitgerechnet. Logisch, denn hier machen wir auch eine Liegenschaft und geben das Geld nicht in die Luft aus. Wir machen eine Liegenschaft, die etwas wert ist, das ist eine Investition, nämlich eine ganz gescheite Investition. Das mit dem Geld verstehe ich gar nicht. Die Investition ist nötig für Kreuzlingen und bringt der breiten Bevölkerung sehr viel. Wir haben ein grosses Problem mit den Parkplätzen, das wissen wir. Der Bärenplatz ist übervoll. Ich arbeite vis-a-vis, ich sehe das jeden Tag, vor allem seit das Egelsee offen ist. Da sind die 99 vermieteten PH-Parkplätze im Weg und blockieren, und die möchten wir gern weghaben. Sobald die Volksabstimmung über das Stadthaus kommt und diese positiv beantwortet wird, ist selbstverständlich das Nächste, dass wir eine Tiefgarage mit einem Festplatz machen. Das wird aber noch einige Jahre dauern, denn frühestens 2026 ist die Volksabstimmung, und erst dann kann man anfangen zu planen, und es gibt wahrscheinlich viele Wege, bis man diese Tiefgarage, die wahrscheinlich auch gegen CHF 20 Mio. kosten wird, bauen kann. Also hier noch keine Rettung in Sicht, was die Parkplätze anbelangt. Ein Parkhaus an der Seestrasse wird im Baurecht erstellt und ist für einen Investor spekulativ interessant. Er kann dort im Baurecht ein Parkhaus bauen. Kreuzlingen würde das hergeben. Wir haben das schon einmal gemacht, das ist aus bekannten Gründen nicht zustande gekommen. Der Baurechtsvertrag ist bereits in der Pipeline, das wird man relativ bald ausschreiben können, dass da Private ein reines Parkhaus für Autos bauen können. Und diese Autos sehe ich vor allem bei den Sportstätten um die Bodensee-Arena herum. Ich sehe auch Einkaufstouristinnen und -touristen, die dort parkieren. Das wird ebenfalls den Kiesplatz am Hafen entlasten. Dieser ist eigentlich eine der grössten Belastungen. Severine Schindler ist heute nicht hier, sie hat einmal von einem Parkierungschaos dort unten gesprochen. Ich war am Sonntag dort, der Platz war komplett voll, zudem kreuzen alle Autos den Veloweg. Das ist nicht gut gelöst, und diesen Platz müssen wir aufheben. Die bei der vorderen Allee kann man stehen lassen, aber die vom Kiesplatz sollten in ein Parkhaus verlegt werden, am besten in zwei Parkhäuser. Denn sehr viele Leute gehen in den Seeburgpark, aufs Schiff, in die Sportanlagen, die PH usw. Dafür ist das Parkhaus am Hafenbahnhof zentral. Das

Land wurde genau für diesen Zweck gekauft, das ist so eingetragen, wir können dort eigentlich nur das machen. Soweit zu den Autos. Jetzt geht es aber noch um die Busse. Mit den Bussen sind wir seit Jahren in Tägerwilen, wo wir CHF 140'000 pro Jahr bezahlen. Das teilen wir auf die Anzahl Busse auf. Ob das richtig oder falsch ist, spielt keine Rolle, wir machen die gleiche Rechnung nämlich auch beim Hafenbahnhof, wo wir das Parkhaus erstellen. Wir berechnen den Busplatz als Mietplatz. Das macht man so. Wenn man einen Autoparkplatz hat, bezahlt man auch den Parkplatz oder die Anzahl Parkplätze, und die haben einen Preis. Ob man eine Halle mietet oder nicht – es ist so. Die Halle ist in einem schlechten Zustand. Wir wissen auch nicht, ob sie Asbest enthält. Das ist nicht weiter gefährlich, solange man daran nichts macht. Die Halle ist feuertechnisch in einem maroden Zustand. Vor etwa zwei Jahren habe ich Michael Zecchinel gefragt, wie lange diese Halle noch hält oder wann er eine neue baut, damals sprach er von fünf Jahren. Er hat auch vorgeschlagen, eine weitere Halle zu bauen und die Absicht, uns neben anderen Mietern als Ankermieter zu haben. Das ist nicht abwegig, das könnte man machen. Aber dann wären wir von einem Privaten abhängig, und zwar von einem, der sein Geschäft in einer Aussengemeinde hat und hier in Kreuzlingen nicht einmal Steuern bezahlt für das, was er mit dieser Halle verdient. Hinzu kommt, dass jeder Bus einen riesigen Umweg machen würde. Also ist es doch sinnvoller, wenn man die Möglichkeit hat, in Kreuzlingen an einem passenden Ort zwischen Bahn und Strasse, wo man nichts anderes machen kann, eine Busabstellanlage zu bauen. So ist die Idee entstanden, diese Busabstellanlage zu erstellen, wobei die Postauto AG ihre Fahrzeuge auch noch dort abstellen würde. Noch zu den Zahlen: Wir haben 8 Busse, davon bleiben 2 als Reservebusse immer in der Halle, falls einer kaputt geht. 6 Busse sind immer unterwegs. Bei den Postautos sind es neu 12 Fahrzeuge, wovon 2 auch immer als Reserve in der Halle bleiben. Das wären insgesamt 20 Busse, wovon 16 fahrend sind und 4 in der Halle stehen. Von der Postauto AG sind 3 weitere Busse für weitere Erschliessungen in den nächsten Jahren vorgesehen. Bei uns ist es auch so, dass wir weitere Busse haben müssten, wenn wir neue Erschliessungen machen. Als Nächstes könnte das Gebiet "Leubere" eingezont und eine neue Linie gemacht werden, was etwa eine halbe Million kosten würde. Wo stellen wir diese Busse hin? Dass Postauto den Roten Arnold übernimmt und gelb macht, wussten wir bei der Erstellung der Botschaft noch nicht. Aber das ist kein Problem, wir könnten weitere 5 Busse längs einstellen. Wir können also insgesamt 25 Busse in dieser Abstellhalle unterbringen, ohne dass sie einander berühren oder sich in die Quere kommen. Für den reibungslosen Ablauf, wie wir ihn jetzt haben, genügen diese 20 Plätze, übrigens grosszügig bemessen sind. Und jetzt komme ich zum Teuren dieser Anlage, weil es eben multifunktional ist, weil drei Häuser ineinander sind (Buseinstellhalle oder -unterstand, 2 Parkdecks für Autos und Veloabstellplätze). Wenn man alles extern irgendwo auf einer Wiese machen würde, käme das natürlich viel billiger, dann würden vermutlich CHF 12 oder 13 Mio. genügen. Sobald man die Gebäude aufeinanderstellt, wird es teurer. Man braucht andere Auskragungen, andere Säulen, mehr Beton usw., weil er die ganze Last tragen muss. Eine Frage war, warum man nicht mehr Stützen macht, damit man weniger Beton braucht. Aber Stützen behindern die Busfahrten. Um das zu vermeiden, baut man eine solche Konstruktion. Man kann jetzt sagen, es ist teuer. Ich habe selbst auch gesagt, dass es teuer ist. Aber es ist ein Wert, den wir nachher haben und es ist ein Parkhaus. Ich garantiere euch, und das kann jeder bauaffine Mensch bestätigen, ein solcher Betonbau hält 50 bis 100 Jahre. Ausser vielleicht ein bisschen Kosmetik am Beton haben die nächsten Generationen damit nichts weiter zu tun. Es gibt auch nur wenige Sozialräume, die man vielleicht ein bisschen früher sanieren müsste. Irgendwann braucht es sicher auch eine Sanierung der Photovoltaikanlage. Heute spricht man da von einer Lebensdauer von 30 Jahren. Wenn man von einem Luxusbau oder von Luxusarchitektur spricht, ist damit vermutlich die schöne Begrünung der Fassaden gemeint, die sicher Sinn macht. Da gebe ich sogar GR Schulthess recht, es ist ökologisch ein gescheites Gebäude. Rundherum gibt es nur wenig Grünraum, dort kann man kaum eine Wiese machen, weshalb – übrigens aus dem Gemeinderat – die Idee aufgekommen ist, eine Begrünung zu machen, daher haben wir das miteingeplant. Das Ganze ist sehr durchdacht, es ist multifunktional, es hilft den Velofahrern, es hilft den Autofahrern, es hilft den ÖV-Fahrenden, es hilft der Stadt Kreuzlingen, endlich mit diesen grossen Parkflächen aufzuräumen, und wir haben etwas, was über viele Jahre Freude gibt. Ganz kurz noch zur Rentabilität: Ihr habt gesehen, wir haben mit einer 35%igen Auslastung konservativ gerechnet. Ich bin überzeugt, 35 ist viel zu tief. Wir haben in der Botschaft verschiedene Rechnungen gemacht, wann wir eine schwarze Null erreichen und wann wir sogar Profit

machen. Ich glaube nicht, dass wir 33 Jahre lang CHF 200'000 Defizit machen. Ich bin überzeugt, nach zwei bis drei Jahren, spätestens wenn das Parkleitsystem funktioniert, wird dieses Parkhaus etwa mit 50 % gefüllt sein und dann schon Geld abwerfen. Und wenn die Abschreibungen vorbei sind noch mehr. SVP-Regierungsrat Jakob Stark hat einmal gesagt, die einzigen Häuser im Kanton, die rentieren, sind Parkhäuser. Ich hoffe, dass Sie das anerkennen und Ja zu diesem Projekt sagen. Es ist etwas für uns und für die nächste Zukunft, für die nächsten Generationen. Sagen Sie Ja zu diesem Projekt.
GR Schulthess: Ganz kurz müssen zwei Sachen noch richtiggestellt werden. Ich bin nicht so sicher, ob Michael Zecchinel nicht Steuerzahler in Kreuzlingen ist, das ist das eine.
SR Zülle: Die Firma, nicht er.
GR Schulthess: Bezüglich Parkplatzsituation auf dem Bärenplatz habe ich schon ein bisschen Mühe damit, dass der dafür verantwortliche Ernst Zülle diese Situation kritisiert und sagt, wir haben dort ein Durcheinander und keinen Platz usw. Dieselben Leute haben den Platz umgebaut in feste Eurobusparkplätze und in Mobility-Parkplätze. Auf feste Parkplätze hat man Container gestellt, ein Viertel der Parkplätze hat man an die PH vermietet und auf den Parkplätzen ein Velohäuschen erstellt. Die gleichen Leute, die jetzt die Situation auf dem Bärenplatz kritisieren, sind die Verantwortlichen für diese Situation. Das kann man also nicht einfach so stehen lassen.
GR R. Herzog: Mich juckt es schon noch, etwas zu sagen, vor allem zu zwei Begriffen, die in der Debatte gefallen sind, nämlich: fehlendes Gesamtkonzept und die grüne Agenda. Ich finde es interessant, dass diesem Projekt die grüne Agenda unterstellt wird. Das würde eigentlich heissen, dass wir gegen dieses Projekt sein müssten, weil wir grundsätzlich ja immer die Bösen sind, die Parkplätze abschaffen wollen, den Parkraum reduzieren wollen, gegen Autos seien usw. Aber das ist nicht so. Ich finde es bemerkenswert, dass diesem Projekt etwas unterstellt wird. Und ausgerechnet von Vertreterinnen und Vertretern, denen sonst die grüne Agenda unterstellt wird, kommt dann ein Ja für dieses Parkhaus, und das Ja wird kommen. Zum fehlenden Gesamtkonzept: Ich glaube, dieses Wort habe ich in diesem Rat schon einmal gehört. Wofür ist dieses Parkhaus gedacht? Vier Sachen: PH, Busse, Pendler, Besucher des Sees. Das sind die wesentlichen Benutzergruppen dieses künftigen Parkhauses. Das Parkhaus, und damit komme ich zum Begriff des fehlenden Gesamtkonzepts, hat keinen direkten Zusammenhang mit den Parkierungs- und Verkehrskonzepten an anderen Orten in der Stadt. Ob es am Boulevard, an der Löwenstrasse, am Helvetiaplatz mehr oder weniger Parkplätze geben soll oder geben wird, hat keinen Zusammenhang mit diesem Parkhaus am Hafenbahnhof, weil die Nutzer andere sind. Das sind nicht die gleichen, die zum Einkaufen ins Karussell gehen oder die am Boulevard einkaufen. Diese werden nicht dieses Parkhaus benützen, sondern es sind wie gesagt andere. Kommt hinzu, dass wir der festen Überzeugung sind, dass die Reihenfolge, die jetzt vom Stadtrat vorgeschlagen wird – erst das Parkhaus beim Hafen und später, wenn die ganze Thematik des Verwaltungsneubaus gelöst ist und auch ein Entscheid gefällt werden kann, was und in welcher Form auf der Festwiese entstehen soll – dass das die zweite Entscheidung sein muss und die Parkhausfrage am Hafen die erste Entscheidung sein muss. Das ist unserer Meinung nach vom zeitlichen Ablauf her richtig. Es wird auch so sein, dass wenn man jetzt über das Parkhaus am Hafen entscheidet, man dann Tatsachen geschaffen hat, die man bei der Frage, wie ein allfälliges Parkhaus oder eine allfällige Tiefgarage auf der Festwiese sein muss und für wen sie gebaut werden soll, berücksichtigen kann. Das alles glaube ich, ist am Schluss zusammenzufassen mit einem klaren Votum unserer Fraktion gegen eine Blockadepolitik. Wir wollen, dass jetzt entschieden wird. Wir wollen, dass jetzt ein erster Schritt gemacht wird. Und der Schritt, der jetzt vom Stadtrat vorgeschlagen wird, ist nach unserer Meinung der richtige und ein guter Vorschlag, damit man endlich vorwärtsmachen kann und nicht immer argumentiert, man sollte dieses zuerst entscheiden, bevor man das nächste entscheiden kann. Am Schluss entscheidet man nämlich gar nichts, dann kommen wir Jahr für Jahr für Jahr nicht vorwärts und haben immer genau die gleichen Fragestellungen und Probleme. Ich votiere zusammen mit meiner Fraktion daher energisch dafür, dass wir jetzt entscheiden und anfangen umzusetzen.
GR Ribezzi: Ich war nie gut in Mathematik, aber ich erinnere mich an den kleinsten gemeinsamen Nenner. Also brechen wir das alles mal ein bisschen herunter. Ich muss GR Herzog vollkommen Recht geben. Parkplätze für die PH, Parkplätze für die Besucher beim Hafen, den Kiesparkplatz auflösen – das ist alles völlig in Ordnung. Keine Diskussion. Genau aus diesen Gründen will man das machen. Ein Parkplatz,

kein Parkhaus. Es genügt, wenn man schön planiert und das Wasser versickern kann. Man kann auch ein paar schöne Bäume pflanzen. Es braucht dort unten nicht ein Parkhaus für CHF 20 Mio., es braucht einen Parkplatz. Den kann man schön machen und es gibt sicher jemanden, der das machen kann. Dann haben wir nämlich alles abgedeckt, was man an Bedürfnissen da jetzt aufgeworfen hat. Ausser vielleicht für den Bus. Aber der Bus kann bleiben, wo er ist. Das haben wir jetzt wirklich fünfmal durchgerechnet. Es gibt im Moment noch keinen Bedarf dafür. Ich weiss nicht, was es dann noch kosten würde, vielleicht noch CHF 4 Mio. Wenn dann das Stadthaus und die Festwiese kommen, kann man weiterschauen. Aber im Moment geht es darum, die Parkplätze vom Bärenplatz für das Egelsee zu verlagern. Das machen wir, indem man beim Hafen einen wunderschönen Parkplatz baut und mit wunderschönen Bäumen bepflanzt. Die könnt ihr an Weihnachten sogar beleuchten, das ist kein Thema, sogar mit Solarlampen. Das wird richtig toll aussehen. Dann hat man genau das Gleiche erreicht und 16 Kisten gespart. Es geht im Moment einfach darum, unternehmerisch zu denken. Es kommen noch ganz viele tolle Sachen auf uns zu wie das Stadthaus usw., die genauso wichtig sind. Und die Einkaufstouristen tun wir auch weg, aber am Sonntag sind es keine Einkaufstouristen, dann sind es Kreuzlinger, und die können auch dort parkieren, aber bitte nicht in einem Parkhaus.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten

Seite 1, Titel
GR Ch. Brändli: Ich bin schon 2020 wegen des Titels gekommen. Der ist gleichgeblieben. Es ist einfach keine Buseinstellhalle, sondern es sind Busunterstellplätze. SR Zülle hat das heute bestätigt, er hat von einer Busabstellanlage gesprochen, er hat auch von Abstellplätzen gesprochen. Es ist klar, es wird heute Abend für diese Botschaft eine Mehrheit geben. Aber bitte Ernst Zülle, spring über deinen Schatten und schreib Unterstellplätze hin.
SR Zülle: Man kann es wirklich so sagen, es ist ein Unterstellplatz, weil es kein Tor hat. Allerdings sind grosse Markthallen mit einer Öffnung auch Hallen. Aber wenn GR Brändli heute Abend dazu Ja stimmt, können wir ganz sicher darüber sprechen, den Titel zu ändern.
GR Ch. Brändli: Lieber Ernst, erpressen lasse ich mich nicht.

Seite 4, 3.2 Projektüberarbeitung
GR Ch. Brändli: Bei Projektüberarbeitung sprecht ihr von langfristigen Mietlösungen, die ihr bereits habt. Das sind wieder Beilagen 1 und 2. aber dabei handelt es sich lediglich um eine Absichtserklärung. Das ist nicht eine langfristige Mietlösung vom Kanton. Und es ist eine Mietabsicht von der Postauto AG. Die Formulierung in der Botschaft ist meiner Meinung nach nicht korrekt, ausser ihr hättet in der Zwischenzeit da konkretere Schreiben vom Kanton wie auch von der Postauto AG erhalten, die ganz klar sagen, wir mieten das zu diesen und jenen Konditionen. Jetzt und nicht erst irgendwann. Aber das sind alles nur Absichten.
SR Zülle: Wie schon gesagt, wir sind in einer Planungsphase nach dem Wettbewerb. Wir sind noch nicht in der Detailplanung und schon gar nicht auf der Höhe eines Baugesuchs. Da können wir noch einige Sachen ändern. Wir haben es so weit gebracht, damit die Bevölkerung und der Gemeinderat über den Kredit abstimmen können, damit wir das Projekt in dieser Grössenordnung machen können. Die Detailplanungen kommen erst. Vor einer Detailplanung und vor einem Volks-Ja wird weder der Kanton noch die Postauto AG mit uns Verträge abschliessen. Aber wir haben uns zusammengesetzt und miteinander gesprochen. Sie haben diese Absichtserklärung gemacht. Sie stammt vom Regierungsrat. Der sagt nicht plötzlich, wir wollen jetzt nichts mehr davon wissen. Das ist gar nicht möglich. Dann vielleicht noch etwas zum Preis: Die PH braucht diese Parkplätze. Wir sind fast ein bisschen am längeren Hebel. Vorgesehen waren diese zuerst auf dem Bärenplatz, da hätten sie eine Tiefgarage bauen müssen. Das war noch vor meiner Zeit. Dann hat man ihnen versprochen, sie könnten die Parkplätze haben, wenn wir sowieso eine Tiefgarage machen. Tiefgaragenplätze sind teurer als eine oberirdische Parkierungsanlage. Die Parkplätze werden dann ortsüblich verrechnet. Die können gar nicht anders, sie müssen diese Parkplätze ausweisen. Und sie können keine billigeren Parkplätze bauen, sie haben gar keinen Platz dafür. Die Postauto AG hat uns diese Zahl angegeben. Diese CHF 11'000 sind eine Norm in der Ostschweiz,

das ist nicht aus den Fingern gesogen. Bei CHF 11'000 pro Bus sind auch die Sozialräume und die Parkplätze der Chauffeure enthalten. Das ist genau gleich wie in Tägerwilen, deshalb kann man es schon miteinander vergleichen.
GR Hummel: Die Absichtserklärung der Postauto AG macht schon noch ein paar Einschränkungen. Eine Rahmenbedingung: "Die Stadt Kreuzlingen entlässt die Post Immobilien AG ohne Kostenfolge auf den Zeitpunkt des Bezugs des Parkhauses mit Buseinstellhalle aus dem Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Kreuzlingen und der Postauto AG an der Dammstrasse 7." Die Voraussetzung ist, dass der Gemeinderat diesen Heimfall beschliesst. Das liegt nicht in der Kompetenz des Stadtrats. Ausserdem kostet das auch noch ein paar Franken, um diese Heimfallentschädigung zu bezahlen. Und ein zweiter Punkt, der mich ganz besonders stört: "Um auf Angebotsaufbauten im öffentlichen Verkehr flexibel reagieren zu können, muss sichergestellt sein, dass Postauto AG in einer Ankündigungszeit von sechs Monaten weitere gedeckte Buseinstellplätze (bis rund 15 Buseinstellplätze) anmieten kann." Das heisst für mich, wir müssen für die Postauto AG sicherstellen, dass wir mindestens 15 Einstellplätze haben. Wir müssen sie auf Vorrat bauen. Vielleicht mietet die Postauto AG die zusätzlichen Plätze, vielleicht auch nicht. Dann muss ich einmal eine Grundsatzfrage stellen: Warum müssen wir die Probleme der Postauto AG lösen? Das verstehe ich nicht.
SR Zülle: Ich erkläre das mit den fünf weiteren Bussen noch einmal. Die fünf weiteren Busse haben baulich keine Veränderung zur Folge. Auf dem jetzigen Grundrissplan ist sichtbar, dass wir diese Busse längs hinstellen können. Das haben wir mit ihnen abgeklärt, das ist in Ordnung, es hat genügend Platz, es ist kein Problem. Diese Erweiterungsmöglichkeit ist bei diesem Parkhaus bereits gegeben. Wir können bis 25 Busse einstellen. Zurzeit brauchen wir aber nur 20 Plätze, deshalb rechnen wir ja auch mit 20 Bussen. Wenn weitere fünf hinzukommen, sind natürlich weitere CHF 55'000 pro Jahr fällig. Was die Dammstrasse anbelangt, das ist eine wunderbare Gewerbeliegenschaft. Jeder Garagist würde sich freuen, in einer solchen Werkstatt mit grossen Toren und hohen Räumen zu arbeiten. Diese Halle ist in einem guten Zustand, sie ist für die Postauto AG einfach viel zu klein. Deshalb wollen sie diese hergeben. Es ist korrekt, dass es da einen Heimfall geben wird. Wir müssten dann mit ihnen abmachen, wie viel wir für das Gebäude bezahlen, denn das Land gehört ja schon uns. Deshalb ist das nicht Teil der Botschaft, denn das ist für den Gemeinderat dann eine neue Botschaft, weil der Gemeinderat über die Auflösung solcher Verträge und die Art und Weise der Auflösung befindet. Da werden wir dann einen guten Vorschlag machen. Vermutlich gibt es dann eine Verrechnung mit der noch fälligen Laufzeit und der Liegenschaft. Das ist dann Verhandlungsmasse. Sicher müssen wir für die Liegenschaft noch etwas bezahlen, aber ob wir sie weiterhin im Baurecht abgeben, vermieten oder verkaufen, das kann ich Ihnen sagen, dabei wird für die Stadt ganz sicher ein Plus herausschauen. Ich denke, diese Liegenschaft lässt sich leicht wieder vermieten oder abgeben und ist für uns geradezu ein Glücksfall.
GR Hummel: Ich vermisse noch die Antwort auf meine Frage, warum wir für die Postauto AG die Probleme lösen müssen.
SR Zülle: Sie haben das Problem, dass sie grösser werden, sie haben jetzt eine neue Linie übernommen. Übrigens habe ich das auch nicht gewusst, das ist ein bisschen im stillen Kämmerlein passiert. Es ist immer so, dass wenn eine Linie neu ausgeschrieben wird, diejenigen, die sich gegenseitig konkurrenzieren, das nicht so laut machen. Auf jeden Fall war ich ein bisschen überrascht, dass sie den Roten Arnold übernommen haben. Das ist aber schön, es ist ein Geschäft mehr für einen Schweizer Postautobetrieb. Natürlich haben sie die Einstellhalle am liebsten in der Agglomeration, wo der Bus am meisten hinfährt. Weil das Postauto für die breite Bevölkerung einen grossen Wert hat und uns mit allen Dörfern in der Umgebung verbindet, ist es doch wichtig, dass wir denen helfen. Wir sind doch irgendwo eine Solidargemeinschaft, darum ist es für mich sonnenklar, dass wir das anbieten, was wir haben. Wenn wir es nicht hätten, müsste vielleicht irgendeine Aussengemeinde eine Halle zur Verfügung stellen. Aber ich glaube, das ist für uns eine gute Geschichte.
GR Ch. Brändli: Ernst Zülle, du hast es richtig gesagt: Solidargemeinschaft. Es sollte eine Win-Win-Situation für beide geben. Die Postauto AG schreibt ja, sie wollen einen Systemplatzpreis von rund CHF 11'000 bezahlen, also CHF 132'000. In Beilage 5 sehen wir aber Investitionskosten für den Busbahnhof zwischen CHF 5 Mio. und CHF 6 Mio. Wenn wir umrechnen, kommen wir mit diesem CHF 132'000 effektiv nie heraus. Das ist eine Milchbuchrechnung. Diese Win-Win-Situation auf beiden

Seiten ist meines Erachtens nicht gegeben. Sie bezahlen den Preis, den sie sonst auch bezahlen, aber dann müssten wir für sie vielleicht eine andere Lösung suchen, damit es für uns schlussendlich unternehmerisch gedacht auch stimmt. Hier sehe ich eine Diskrepanz, darum wird ja ein Minus von CHF 200'000 pro Jahr prognostiziert. Wenn man die Kostenstellen rechnet, geht es einfach nicht auf.
GR Salzmann: In der viertobersten Zeile geht es um die Dammstrasse. Da schreibt der Stadtrat in der Botschaft ohne Not hinein, dass das wiederum im Baurecht – ich wiederhole wiederum im Baurecht – an einem Gewerbebetrieb vergeben wird. Wiederum im Baurecht. Warum brauchen wir dieses Grundstück? Wir haben ein Verschuldungsthema. Bitte verkauft es, wenn das durchgeht.

Seite 6, 3.4 Buseinstellhalle
SR Zülle: Das liegt am Schluss allein in der Kompetenz des Gemeinderats. Wir bereiten es vor, aber wenn der Gemeinderat sagt, wir sollten kein Baurecht machen, sondern es verkaufen, machen wir das. Ich habe das vorhin erwähnt, wir können es verkaufen, vermieten oder im Baurecht abgeben. In der Botschaft steht die Möglichkeit des Baurechts, weil wir es immer im Baurecht gegeben haben. Aber ich nehme dein Votum gern auf, das steht ja dann im Protokoll. Von mir aus kann man es auch an einen Betrieb verkaufen. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Ich kann dir das auch versprechen, wenn du willst, aber ich weiss nicht, ob meine Stadtratskollegen da mitmachen.
GR Salzmann: Garden City ist ein Parkhaus direkt am Hauptbahnhof, kostet CHF 2 pro Stunde. Das ist ein privates Parkhaus. Hier ist eine Gebühr von CHF 3 vorgeschlagen, weiter hinten wird auch noch von CHF 3.50 pro Stunde gesprochen. Wir machen trotzdem ein Defizit. Warum?

Seite 8, 4.1 Gebühren
SR Zülle: Auch die Parkgebühren sind natürlich eine Annahme. Als Stadtrat haben wir eine kleine Bandbreite, die ist im Reglement festgelegt, innerhalb der wir die Parkgebühren erlassen können. Garden City kennt halt niemand, das ist deren Problem, sonst wäre es schon lange teurer. Sie wollten einmal uns einen Teil vermieten. Das ist das Problem, dass es ein bisschen versteckt liegt. Vielleicht müssten sie sich ein bisschen besser bewerben. Aber auch hier hat der Gemeinderat sehr vieles in der Hand, denn wir können nicht einfach überschiessen. Das Reglement wurde gerade erst erlassen. Wir können uns in einer gewissen Bandbreite bewegen. Das ist eine rein strategische Sache. Für mich ist wichtig, dass solche Kiesplätze nicht viel billiger sind als ein Parkhaus, sonst haben wir dann ein Problem.
GR Hummel: Hier spricht man von der Teuerung gemäss Baupreisindex 2019-2022 von 12.8 %. Bei den ersten Positionen, also unserem Anteil von rund CHF 17.4 Mio. entspricht das etwa diesen 12.8 %. Hingegen beim Anteil der Anpassung der Kantonstrasse, Ausfahrt Promenadenstrasse, Anpassung Freiladeplatz SBB sind CHF 700'000 veranschlagt. Diese CHF 700'000 standen aber bereits in der anderen Botschaft. Hat der Kanton keine Teuerung? Sonst wären es mit der Bauteuerung CHF 790'000.

Seite 8/9, 4.2 Investitionen
SR Zülle: Hier haben wir keine Bauteuerung gerechnet. Wir sind mit dem Kanton noch in Verhandlungen, ob er nicht einen Teil der Kosten übernehmen würde, vielleicht rund die Hälfte. Wir glauben nicht, dass es viel teurer zu stehen kommt. Es braucht eine neue Spur, es wird leicht verbreitert, es braucht Randsteine, aber wir müssen nicht eine komplett neue Strasse machen. Wir haben einfach einmal etwas angenommen. Vielleicht hatten wir letztes Mal ein bisschen viel Reserve drin, aber wir glauben nicht, dass das teurer wird. Vielleicht ist es noch so, das hat der Pensionierte Andi Heller uns gesagt, dass man es sicher teilen kann, aber das konnten wir nicht in die Botschaft schreiben. Bei Kantonsstrassen teilen wir ja die Kosten mit dem Kanton. Das liegt noch in der Luft, aber wir haben es noch nicht als Versprechen, deshalb steht es auch nicht in der Botschaft. Wir haben den Vollkostenbeitrag drin, aber es wird eher günstiger.
GR Salzmann: Da kommen jetzt diese berühmten 35 % Auslastung. Das kann man so annehmen. Man kann 50 % annehmen oder 20 %. Hinter dem Seekebab gibt es ja einen Parkplatz. Dieser wird von der SBB bewirtschaftet. Das heisst, die SBB hat gute Daten, wie viele Einnahmen sie dort haben und wie viele Autos dort in der Regel parkieren. Wenn wir diese Informationen hätten, könnten wir sehen, ob diese Annahme von 35 % eher hoch oder tief ist.

Seite 10, 4.3 d Ertrag (flexible Mieteinnahmen)
SR Zülle: Ich glaube, das kann man überhaupt nicht vergleichen. Erstens ist es ein versteckter Parkplatz. Früher parkierten dort solche, die ins Fitnessstudio gingen, ein paar wenige waren auch Pendler. Das kann man nicht vergleichen mit einem Parkhaus, wo man Gebühren bezahlt, da die Gebühren unterschiedlich sind. Wir haben geschaut, wie die Auslastung Sommer/Winter gesamthaft im Hafenareal ist, so sind wir auf diese 35 % gekommen. Dabei waren wir eher zurückhaltend, wir hätten auch höher gehen können. Statt hoch spekulieren, haben wir auf Seite 11 ein Rechnungsbeispiel gemacht, wo wir bei verschiedenen Auslastungen und Stundentarifen etwa liegen könnten. So kann sich jeder selbst ein Bild machen. Aber das ist absolut in die Glaskugel geschaut. Niemand weiss genau, wie viel es sein wird. Wenn sie zu tief ist, haben wir Regulierungsmöglichkeiten. Dann können wir schneller den Kiesplatz zurückbauen und auch schneller das Parkleitsystem erstellen. Sonst wollen wir das erst erstellen, wenn wir genügend Parkhäuser haben. Damit könnten wir die Autos dort hinlenken. Aber ich glaube nicht, dass es nötig sein wird. Wir müssen schauen, wie es sich entwickelt. Deshalb kommen wir in der Spekulation auch auf ein Defizit von CHF 200'000. In den ersten Jahren, bis sich das Parkhaus füllt, werden wir ein Defizit machen. Nach zwei bis drei Jahren wird das in eine schwarze Null münden oder gar einen Profit abwerfen. Davon bin ich absolut überzeugt.
GR Ch. Brändli: Der Terminplan ist gut und recht, aber ihr vergesst doch ein bisschen die Einsprecher. Einen haben wir gleich vis-à-vis, der jetzt schon eingesprochen hat, und der wird das sicher weiterführen. Und dann kannst du 20 Plätze gleich für ihn reservieren, denn er wird so lange streiten, bis er etwas bekommt.
SR Zülle: Es ist unsere Norm, dass wir die Einsprecher im Zeitplan nicht einrechnen. Ich hoffe nicht, dass es so ist. Manchmal kann man auch gut verhandeln, dann wird eine Einsprache wieder zurückgezogen. Und manchmal gibt es auch keine Einsprachen. Viele Nachbarn haben wir nicht, aber es kann sein, da gebe ich dir recht. Daher ist es umso wichtiger, dass ihr heute dieser Vorlage zustimmt. Denn wenn es eine Einsprache gibt, dauert es noch länger, bis wir ein Parkhaus haben. Also schauen wir, dass wir es heute zum Fliegen bringen.

Rückkommen

Seite 11, 5 Terminplan
GR Salzmann: Wir haben in Kreuzlingen fünf Standorte für die Lagerung von Grosstransportgeräten. Wir haben die Feuerwehr, die Feuerwehr Ost, die EnK, den Werkhof und die Stadtbusse. Zwei davon will man jetzt geografisch verschieben. Heute sprechen wir über das Thema Stadtbus, irgendwann dann über das EnK-Gebäude. Habt ihr euch einmal überlegt, dass man, wenn man schon zwei dieser fünf Standorte verschiebt, vielleicht etwas zusammenfassen und Effizienz gewinnen könnte? Denn an jedem Standort braucht es Garderoben und Duschen usw. Warum bleiben wir bei fünf Standorten? Denn wenn ich das richtig sehe, wo das EnK hinwill und wo der Stadtbus hinsoll, bleiben wir bei fünf Standorten. Mir scheint, damit haben wir vielleicht eine Chance vergeben.
SR Zülle: Nein, das war eigentlich nicht geplant. Das Parkhaus war schon früher aufgegleist. Den Bau des EnK-Gebäudes werden wir ja nächstes Mal behandeln. Wenn ich bei diesem Gebäude noch 20 Busse unterbringen müsste, wird das ein Wahnsinnsgebäude. Das geht praktisch nicht. Vom Platz her ist es gar nicht möglich. Wir haben noch ein weiteres Problem, wir sind auf der anderen Seite der Bahngleise. Man hätte auch sagen können, geht ins Industriegebiet. Das Problem ist, wenn Busse Bahnübergänge mit Schranken passieren müssen, gibt es immer Verzögerungen. Das wäre schwierig, sie müssten alle über die Bleichestrasse fahren. Wir haben im Industriegebiet keinen Standort geprüft. Was wir einmal geprüft haben, ist das Spiegelareal. Dieses ist aber auch nicht geeignet, dort haben wir rundum nämlich sehr viel Wohnen. Die hätten sicher keine Freude, wenn sie morgens die Busse losfahren hören. Daher ist der Standort beim Hafen, der auch ein Verkehrsknotenpunkt ist, der richtige. Ausserdem ist es wichtig, dass man den Standort Hafenbahnhof, von dem aus man demnächst bis nach Basel fahren kann, als Verkehrsdrehscheibe stärkt. Mit dem Werkhof hat das eigentlich nicht viel zu tun.

GR Ch. Brändli: Ernst, du musst keine Angst haben, diese Vorlage kommt heute Abend durch. Aber ich persönlich verstehe den Stadtrat immer noch nicht. Ich verstehe auch nicht, warum ihr mit dieser Botschaft in dieser Form gekommen seid. Denn es stehen, das wissen wir alle, Investitionen zwischen CHF 100 Mio. und CHF 150 Mio. an. Aus meiner Sicht sollte der Stadtrat schauen, welche Projekte man anders bringen und trotzdem umsetzen kann. Genau zu diesem Projekt, das wir hier vorliegen haben, hätte der Stadtrat eine andere Botschaft bringen können, nämlich ein Baurecht. Dann wäre es beim Gemeinderat gut durchgekommen und man hätte es zusammen mit einem Baurechtsnehmer umsetzen können. Mir ist völlig schleierhaft, wie ihr diese Botschaft beim Volk durchbringen wollt. Wie es funktionieren soll, diese Botschaft über CHF 19 Mio. dem Volk schmackhaft zu machen, kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube auch nicht, dass es hier ein Pro-Komitee wie beim Schiesserareal gibt, die mit Feuer und Flamme dafür kämpfen. Die Gegnerschaft habt ihr, und die kommt richtig daher. Ich weiss nicht, ob das richtig war. Mir fehlt beim Stadtrat oder bei der Mehrheit des Stadtrats halt auch ein bisschen das unternehmerische Denken. Man bringt doch nicht eine Botschaft, wo man jetzt schon weiss, dass man jedes Jahr CHF 200'000 im Minus ist. Irgendwann ist man vielleicht ausgeglichen, und dann kommt man immer mit dieser Spezialfinanzierung. In dieser Spezialfinanzierung ist kein einziger Franken drin, das sind Buchwerte. Das ist Geld, welches sich in der Stadt befindet. Und was macht ihr dereinst, wenn wir die Spezialfinanzierung auflösen? Es braucht nur einen Beschluss, dann ist diese aufgelöst. Mir fehlt da auch der unternehmerische Gedanke, daher wäre es ein Ausweg gewesen, mit einem Baurechtsvertrag zu kommen. Das wäre sicher schneller gegangen als das, was ihr jetzt im Sinn habt. Ich wünsche euch alles Beste. Mich würde aber noch wundernehmen, was passiert, wenn es beim Volk nicht durchkommt. Darüber habt ihr euch sicher auch schon Gedanken gemacht. Was macht ihr dann? Ist es dann einfach gestorben und wir bauen Parkplätze, wie es heute verschiedentlich schon angetönt wurde, oder macht ihr das Projekt dann doch im Baurecht? Oder gibt es ein Projekt wie das Parkhaus in Stein-Säckingen mit 185 Parkplätzen, das für CHF 5.5 Mio. gebaut wurde und wo jeder Parkplatz CHF 30'000 und nicht CHF 60'000 gekostet hat wie hier? Es wäre optimal, dazu noch etwas zu hören. Dann kann der Stimmbürger vielleicht auch besser entscheiden, dieses will er nicht, dafür lieber jenes. Ich werde mich der Stimme heute Abend enthalten. Wenn ich Ja sage, musst du etwas machen, und da hinten können sie sagen, der Brändli hat sich erpressen lassen. Daher habe ich keine andere Wahl, als mich der Stimme zu enthalten.

SR Zülle: Ich glaube, alle Stadtratskollegen denken unternehmerisch. Das kann ich garantieren, denn wir können ja auch alle rechnen. Wir haben sicher sehr konservativ und mit einer tiefen Auslastung gerechnet. Heute sehe ich, dass das falsch war. Euch hätte man blenden können. Wenn man 50 % gesagt hätte, hättet ihr es geglaubt. Das gibt ein Plus, das können wir annehmen. Das ist doch Blödsinn. Wir wollen doch zeigen, wie die Realität ist. Die Realität ist, dass ein Parkhaus am Anfang, bis es angenommen wird, meistens defizitär ist. Es kann auch sein, dass es ein Renner ist, aber es kann sein, dass es am Anfang, bis es angenommen wird, ein bisschen Defizit macht. Dafür haben wir die Spezialfinanzierung mit rund CHF 20 Mio., die für die Parkierung und für den öffentlichen Verkehr da ist. Ich denke, damit lässt sich noch lange ein Defizit bezahlen. Aber wir sind überzeugt, und das ist das Unternehmerische, wenn es dann ein Plus macht, muss man es gegenrechnen. Es gibt Parkhäuser, die Hunderttausende und Millionen Gewinn machen. Das sind langjährige Parkhäuser, die abgeschrieben sind und bei denen man wahrscheinlich auch die Hypothek reduzieren konnte. Ich bin absolut überzeugt, wenn man ein öffentliches Gebäude macht, macht man ein Parkhaus, dann wird mindestens die nächste Generation ein Plus machen. Einen Plan B haben wir nicht, wir haben nur eine Abstimmungsfrage. Es gibt nur ein Ja oder Nein und ich hoffe, alle sagen Ja. Wenn es ein Nein gibt, ist klar, gehen wir wieder über die Bücher. Was wir dann machen, schauen wir.

GR Ch. Brändli: Noch eine kurze Anmerkung: Du hast von der nächsten Generation gesprochen, die das ja dann übernimmt. Einleitend hast du heute noch erwähnt, dass es schätzungsweise in 30 oder 33 Jahren ein bisschen Kosmetik braucht. Es wird sicher gut gebaut, das ist unbestritten, aber seien wir doch ehrlich, nach 33 Jahren ist das einzige, was keine Gesamtsanierung braucht, ein Bunker. Und den lässt man einfach verfallen. Aber jedes Gebäude musst du nach 33 Jahren richtig sanieren. Und dieses Gebäude, auch wenn es zu 35 % belastet ist oder höher, müssen wir nach 33 Jahren sanieren, und das

kostet auch wieder Geld. Dessen muss man sich auch bewusst sein. Wahrscheinlich reicht da ein bisschen Kosmetik nicht, das darf man auch nicht ausser Acht lassen.
SR Moos: Ich möchte noch zwei Punkte aufnehmen zum Thema unternehmerisches Denken und zum Standort, der heute Abend auch thematisiert worden ist. Mit der Annahme des Energiegesetzes am 9. Juni hat die Schweizer Bevölkerung die Möglichkeit einer sogenannten LEG, also die Möglichkeit einer lokalen Energiegemeinschaft geschaffen. Der Standort in Kreuzlingen bietet an, dass wir mit unserer Photovoltaikanlage, zusammen mit anderen Fotovoltaikanlagen, die wir momentan in der Stadt überall bauen, eine solche lokale Energiegemeinschaft bilden und dann den Strompreis selbst bestimmen, und den wesentlich günstiger, als wenn wir den Strom von einem externen Stromanbieter beziehen müssten. Warum sage ich das? Der Stadtrat hat festgelegt, dass wir zukünftig mit Elektrobussen fahren. Das bedeutet, dass wir die Betriebskosten so noch erheblich senken können. In Tägerwilen wäre eine LEG auch denkbar, aber da hätten wir keinen Einfluss mehr auf den Strompreis und wir wären den Tägerwilern ausgeliefert. Eine LEG kann man nur innerhalb einer Gemeinde bzw. innerhalb eines Versorgungsgebiets eines EVU's einrichten. Deshalb ist für mich klar, wenn wir auf Elektrobusse setzen, muss dieses Depot bei uns sein, und wir können unsere Energiepreise selbst festsetzen.
GR Wolfender: Bei aller Rechnerei ist das Ross für mich von hinten aufgezäumt. Für mich gehören zuerst die anderen beiden Parkhäuser gemacht, dann kann man schauen, was es am Hafen effektiv noch braucht. Ich war vor vier Jahren schon dagegen, ich werde auch diesmal gegen dieses Projekt stimmen, mitunter auch wegen des hohen Preises für dieses Projekt und weil man aus meiner Sicht dem architektonischen Aussehen mehr Rechnung schenkt als der Wirtschaftlichkeit.

Abstimmung
Die Botschaft wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

12. Zusatz-Kreditbegehren von CHF 0.3 Mio. für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs und die Projektierung bis und mit Volksabstimmung für die Sanierung und Erweiterung der bestehenden städtischen Verwaltungsliegenschaften (Alternativprojekt Stadthaus)

Eintreten ist unbestritten.

GR Dal Dosso: Ich werde mich hier sehr kurzfassen. Sollten meine sehr kurzen Ausführungen nicht reichen, wäre ich dankbar, wenn der Stadtpräsident oder andere Kommissionsmitglieder die nötigen Ergänzungen vornehmen könnten. Die Kommission hat die Botschaft verständlicherweise eingehend vorberaten, weil der Klärungsbedarf im Besonderen die Gründe für die Überschreitung des bisherigen Kredits betraf. STP Niederberger und Frau Wittenbach, die Bauherrenvertreterin, konnten überzeugend darlegen, dass nach der Machbarkeitsstudie eine Aufteilung des Projekts auf die beiden Teilprojekte an den Standorten Haus Sallmann und dem Kernperimeter Stadthaus zielführend ist. Zwar wird es Synergien zwischen den beiden Teilprojekten geben, jedoch auch zusätzliche Kosten. Zum einen erfordern die unterschiedlichen Aufgabenstellungen spezifische fachliche Expertisen der Planungsteams, zum anderen müssen weitere Abklärungen zu den sanierungsbedürftigen Liegenschaften erfolgen, die bislang nicht in Betracht gezogen wurden. Zudem erhöht sich der Aufwand für die Bauherrenvertreterin. Bei der materiellen Beratung fiel im vierten Absatz auf Seite 3 das Wort Geometrie auf, das durch Geomatik ersetzt werden sollte. Der Antrag auf Änderung wurde von der Kommission einstimmig angenommen. In der Schlussabstimmung gab es 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme und eine Enthaltung.
GR Hummel: Unsere SVP-Fraktion hat die Botschaft intensiv diskutiert, und für uns gibt es schon noch einige Fragezeichen. In der Botschaft für den ursprünglichen Kredit, der an der Gemeinderatssitzung vom 7. März 2022 behandelt wurde, ist auf Seite 9 unter Punkt 6.2 Planungskredit nachzulesen: "Der budgetierte Planungskredit basiert auf Erfahrungswerten aus vergangenen Projekten und wurde von der Bauherrenvertretung Brandenburger+Ruosch AG verifiziert." Wir nehmen an, dass diese Dienstleistung nicht gratis war. Es ist uns klar, dass durch die Trennung des Projekts in Neubau und Sanierung der bestehenden Gebäude Mehrkosten in der Planung entstehen. Dass aber die Kosten für die

Bauherrenvertretung von ursprünglich CHF 60'000 – ich erinnere: von Fachleuten verifiziert – jetzt CHF 207'000 kosten, also fast das Dreieinhalbfache, kann mit der Trennung der Projekte allein nicht erklärt werden. Ausserdem steht in der jetzigen Botschaft, dass von beiden Teilprojekten einige Synergien genutzt werden können. Auch die Erklärung in der vorberatenden Kommission von STP Niederberger, man benötige halt durch die Trennung viele Sitzungen und eine professionelle Begleitung, kann uns nicht überzeugen. Man ging doch schon bei der ersten Botschaft von einer Bauherrenvertretung aus. Man wusste auch bereits bei der ersten Botschaft, dass das sich Stadthausgebilde aus Neubau und teils bestehenden historischen Bauten zusammensetzen wird. Die maximal doppelte Summe könnten wir trotz der Nutzung von Synergien noch nachvollziehen, aber nicht das Dreieinhalbfache. Das Gleiche gilt etwa für die Position Weiterbearbeitung Siegerprojekt. Ursprünglicher Kredit CHF 400'000, neu CHF 865'000. Uns kann doch einfach niemand erzählen, dass es hier keinerlei Synergien gibt. Unserer Ansicht nach müssten beide Kredite jeweils unter CHF 400'000 liegen. Wir wissen schlicht und ergreifend einfach nicht mehr, welchen Experten wir glauben sollen. Ich weiss nicht, wie es euch geht, aber uns geht es so. Nichtsdestotrotz – wir haben keine Wahl. Die SVP-Fraktion wird dem Kreditbegehren notgedrungen mehrheitlich zustimmen.

GR Zülle: Der Wille des Stimmvolks war, dass ein Alternativprojekt an einem anderen Standort zum Projekt Schlussstein auf dem Bärenplatz geprüft wird. Dies hätte – zur Erinnerung – bis zur Botschaftsreife CHF 1.9 Mio. Planungskosten verursacht und wurde vom Stimmvolk gutgeheissen. Jetzt wurde die Initiative, ein neues Projekt zu prüfen, im Nachhinein gutgeheissen. Damit wir jetzt aber eine geeignete und genaue Planung sowie eine Kostenschätzung erhalten, ist ein Zusatzkredit von CHF 300'000 notwendig. Die CHF 1.4 Mio. für die Planung des neuen Stadthauses an einem neuen Standort inklusive Architekturwettbewerb, die bewilligt wurden, reichen nicht. Gerade das zugehörige Projekt Haus Sallmann mit dem damit verbundenen Umbau der Scheune ist sehr aufwendig und benötigt Mittel. Die MITTE/EVP-Fraktion hat die Botschaft eingehend diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass diese Mehrkosten notwendig sind. Nur so können wir das Projekt Neues Stadthaus zu einem erfolgreichen Planungsabschluss bis zur Botschaftsreife bringen. Wir stimmen dem Zusatzkredit bei einer Enthaltung zu.

GR Müller: Die Situation lässt sich ganz knapp wie folgt zusammenfassen: Während des Planungsprozesses wurde deutlich, dass es Sinn macht, die Planung der beiden Standorte voneinander zu trennen. Dadurch ergibt sich unter dem Strich ein erhöhter Planungsaufwand. Dieser lohnt sich aber, weil beide Teilprojekte von dieser Trennung profitieren. Das ist nachvollziehbar, und die SP/GEW/JUSO-Fraktion wird diesem Zusatz-Kreditbegehren einstimmig zustimmen. Eine kritische Anmerkung möchte ich aber noch anbringen. Der Argumentation in der Botschaft zu folgen, ist teilweise recht schwierig, weil es um mehrere Ecken geht. Es wird beschrieben, dass Synergie-Effekte genutzt werden konnten und es in einem ersten Abschnitt der Planung weniger Sitzungen gebraucht hat. Gleichzeitig sind die Mehrkosten hauptsächlich durch mehr Planungsaufwand und mehr Sitzungen begründet. Dies hätte in der Botschaft verständlicher und schlüssiger formuliert werden sollen. Abgesehen davon ist die professionelle Bauherrenvertretung und die gründliche und aufgeteilte Planung der beiden sehr unterschiedlichen Projekte eine gute Investition in eine solide Planung und Kostensicherheit. Ich möchte noch etwas anmerken zu dem, was GR Hummel gesagt hat. Wenn man die Bauherrenvertretung aus den Budget zusammenrechnet, komme ich auf CHF 140'000 und nicht auf CHF 65'000, dann liegen die Mehrkosten bei CHF 67'000.

GR Ribezzi: Die FDP-Fraktion hat die Botschaft ebenfalls eingehend diskutiert. Es hat sich ja herauskristallisiert, dass die Aufteilung in zwei Teilprojekte gewinnbringend und wichtig war und dass das Mehrkosten verursachen wird, obwohl sich daraus Synergien ergeben. Das ist für uns alle ziemlich einleuchtend. Es widerspiegelt aber auch, dass die Zusammenarbeit zwischen der Bauherrenvertretung und dem Rest relativ gut funktioniert. Wir werden dieser Botschaft einstimmig zustimmen, wollen es aber nicht versäumen, dem Stadtrat zu danken, dass er diesmal mit diesem Anliegen kommt, bevor er das Geld ausgegeben hat und nicht erst nachträglich. Auch das zeigt, dass beim Stadtrat und bei der Bauherrenvertretung ein Weitblick stattfindet.

GR Dal Dosso: Die FL/G/GLP-Fraktion kann sich dem anschliessen, was wir bisher gehört haben. Wir waren zwar nicht begeistert von diesem Zusatz-Kreditantrag, sehen aber keine andere Möglichkeit, als

ihm zuzustimmen, wenn wir Kosten- und Planungssicherheit für die Botschaft zum neuen Stadthaus erreichen wollen. In diesem Sinn haben wir einstimmig zugestimmt.
GR Hummel: Noch ein Wort zu GR Müller: Auf Seite 5 steht die Prognose, wo dann der Gesamtbetrag CHF 1.7 Mio. beträgt. Honorar BHV = Bauherrenvertretung einmal CHF 76'900 und nachher CHF 130'500. Das gibt bei mir schon mehr als 200'000.

Materielle Beratung – keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung
Die Botschaft wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Motionen
13. Motion Senkung des Steuerfusses der Gemeinde Kreuzlingen um 5 % auf 59% / Begründung

Der Ratspräsident: An der Sitzung vom 4. Juli 2024 wurde diese Motion an den Stadtrat überwiesen.
GR Schulthess: Ich probiere, mich kurz zu halten, möchte aber doch zwei Sätze dazu sagen. Es könnte sein, dass das meine vorletzte Begründung ist. Warum sollte man die Steuern senken? Insgesamt sagt die reine Lehre, das gibt der Stadtverwaltung die Möglichkeit, effizienter zu werden, weil die Mittel besser alloziert werden müssen. Man kann die Aufgaben reduzieren und man kann zu gewissen Reformen ansetzen. Dies allgemein gesprochen. Insgesamt ist es aber so, das wisst ihr alle, haben wir in den Budgetsitzungen nicht wirklich viel Einfluss auf das Ergebnis bei der Budgetierung. Es macht eigentlich mehr Sinn, der Gemeinde den Rahmen als Gesamtes zu setzen bezüglich Steuern, die man zur Verfügung stellt. Eine Art Globalbudget. Wer sich erinnern kann, in der Finanzkommission haben wir vor Jahren schon einmal über ein Globalbudget gesprochen. Ich sage nicht, dass ich das gut oder schlecht finde, ich sage nur, dass es eine wichtige Rahmensetzung ist, die vielleicht auch ermöglicht, im Budget nicht so viel Einfluss zu nehmen. Falls man zu den Leuten gehört, die dem kommunalen Ausgabenwachstum ein bisschen Grenzen setzen will, ist dies einzig mit einer reduzierten Bereitstellung von Steuermitteln möglich. Abschliessend: Es geht auch um Wettbewerb. Wir sind in Kreuzlingen bei 64 %. Unsere Nachbargemeinden, wobei es vielleicht nicht so gut ist, diese als Beispiele beizuziehen, sind bei 33 % oder 34 %. Aber auch grössere Städte wie Weinfelden sind mit 55 % weit unter unserem Steuerfuss. Sogar Frauenfeld ist darunter, Arbon liegt höher. Letztlich ist man auch immer im Wettbewerb mit anderen Gemeinden.

14. Motion Verbot biometrischer Erkennungssysteme in Kreuzlingen / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung zur Motion haben Sie mit der Einladung zur heutigen Sitzung erhalten.
GR Pleuler: Es ist ein wichtiges Thema, welches die Motion von GR Schulthess aufgreift. Und ich denke, er hat auch recht, wenn er sagt, dass der vermehrte Einsatz von künstlicher Intelligenz in allen möglichen Lebensbereichen uns zur Vorsicht mahnen sollte. Der aktuelle Umgang mit Überwachungssystemen in gewissen Ländern wie beispielsweise China wird von namhaften Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Und auch das könnte für uns eine Warnung sein. Denn es darf auf keinen Fall passieren, bei uns zumindest, dass unter dem Deckmantel beispielsweise von Verbrechensbekämpfung oder anderen Themen, die für uns natürlich sehr wichtig sind, gläserne Bürgerinnen und Bürger überwacht werden. So könnte nämlich die Möglichkeit entstehen, dass ganze Personengruppen manipuliert werden, sei es durch den Staat oder auch andere einflussreiche Akteure. Als Gemeinderat können wir aber nur gesetzliche Regelungen treffen, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde Kreuzlingen fallen, und diese Verantwortung müssen wir auch ernstnehmen. Die MITTE/EVP-Fraktion teilt allerdings die

rechtliche Einschätzung des Stadtrats, dass es im Moment keine gesetzliche Grundlage gibt, welche den Einsatz eines biometrischen Erkennungssystems erlauben würde. Deshalb braucht es kein Verbot. Aber der Stadtrat wird auch beim Wort genommen, dass es ohne Einverständnis des Gemeinderats und letztendlich auch der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Kreuzlingen keinen Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen geben wird. Deshalb werden wir diese Motion einstimmig als nicht erheblich erklären.
GR Schulthess: Jetzt habe ich mich schon fast über die einleitende Rückendeckung der Justiz gefreut. Genau gleich habe ich mich auch darüber gefreut, dass der Stadtrat ebenfalls sieht, dass die Rechtsgrundlagen für solche Massnahmen nicht gegeben sind. Es ist verfassungswidrig und es gibt keine Rechtsgrundlage dafür. In den vergangenen Jahren haben wir aber gesehen, dass es bei der Exekutive gewisse Probleme gibt, sich an die Verfassung zu halten. Und man kann sich eben leider nicht so sicher sein, dass sie nicht doch ein Schlupfloch oder später eine Rechtsgrundlage findet. Da kann man wunderbar schauen, wie es auf kantonaler oder auf nationaler Ebene läuft. Es ist verfassungsmässig verboten, doch ihr alle werdet auf dem Flughafen Zürich überwacht, fotografiert, biometrisch vermessen. Wenn ihr in Frauenfeld unter dem Scanner durchfährt, wird eure Nummer sofort mit einer Datenbank verglichen. Das hat zwar mit Biometrie noch nichts zu tun, aber man darf nicht glauben, wenn etwas in der Verfassung auch nicht rechtens getagt ist, dass unsere Regierung es dann nicht trotzdem macht. Deshalb braucht es ein explizites und beim Namen genanntes Verbot für unser Umfeld, wo wir Einfluss haben. Ein bisschen enttäuscht war ich darüber, dass der Stadtrat in der Beantwortung sagt, er könne sich nicht vorstellen, was für einen Einsatzzweck man da haben müsste. "Hier stellt sich die Frage, warum biometrische Daten für städtische Aufgaben erhoben werden und welchen Zweck sie erfüllen wollen." Mit Verlaub, das ist ein bisschen naiv. Dutzende Städte in aller Welt haben eine komplette biometrische Überwachung des öffentlichen Raums. Ich pflücke nur Como heraus. Die Stadt Como überwacht sämtliche öffentlichen Plätze mit Kameras und vergleicht nach biometrischen Vermessungen, wenn ihr dort dem See entlang spaziert, und gleicht das ab. In der Beantwortung zu schreiben, man könne sich keinen Einsatzzweck vorstellen, finde ich ein bisschen seltsam. Dazu haben wir bereits eine von Kollege Salzmann in der Presse geforderte Ausweitung der Kameraüberwachung mit dem Ziel, die Sicherheitslage in dieser Stadt zu verbessern. Ich bin nicht sicher, ob wir das so hinkriegen. Denn wer keinen Pass hat, kann sich gern biometrisch vermessen lassen, man kann ihn dann ja nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie wissen, was ich meine. Letztlich werden wir auch von der Realität überholt. Wer es in der Presse mitgeschnitten hat, wir haben den Wunsch, im Schwimmbad Egelsee ein System zu betreiben, welches schaut, ob jemand im Bad ertrinkt. Das bedeutet, man filmt unter Wasser und schaut, ob jemand absinkt. Das ist nichts anderes als ein biometrisches Erkennungssystem. Natürlich kann man sagen, wir brauchen das, weil man so alle paar 100 Jahre einen Ertrinkenden vor dem Ertrinken retten kann. Ich würde es aber ein bisschen als gesamtgesellschaftliches Problem ins Auge fassen, und dort müsste man sich gut überlegen, ob man mit solchen Sachen anfangen will. Stand heute sind wir bereits in dieser Fragestellung, und darauf hätte ich vom Stadtrat gern eine Antwort. Er sieht keinen Anwendungszweck, legt uns aber ein Bad vor, in dem wir genau eine solche Anwendung drin haben. Er sagt, es ist nicht legal und es gibt in Kreuzlingen keinen Grund, aber wir haben es im Budget drin. Es gibt also jede Menge Datenschutzbedenken. Man hat Missbrauchspotenzial, man hat eine recht grosse Ineffektivität bei diesen Methoden. Es kommt regelmässig zu Fehlalarm und Inhaftierungen, die in der Praxis nicht nötig sind. Die rechtlichen Bedenken habe ich erwähnt, es ist nicht legal. Über die sozialen Auswirkungen kann sich die andere Ratshälfte einmal befassen. Wenn wir eine weitverbreitete Nutzung in dieser Gesellschaft bekommen und Einzelpersonen ständig überwacht werden, kann es sein, dass man eine Kultur des Misstrauens schafft. Stellen Sie sich vor, eine Nachbarschaft, die sich aufgrund ständiger Überwachung gegenseitig nicht mehr vertraut. Das gibt einen negativen sozialen Zusammenhalt. Ich meine, man muss den Raum ein bisschen weiter aufmachen und über die gesellschaftlichen Impacts solcher Systeme diskutieren und nicht einfach auf dem Punkt bestehen, man darf nicht, wir machen es nicht, vermutlich wird es kein Thema. Ich möchte Sie dazu einladen, in die Zukunft zu schauen. Ich bin der letzte, der für ein Verbot ist, es geht aber eigentlich nicht um ein Verbot, sondern es geht um die Sicherstellung der aktuellen Gesetzeslage. Momentan befindet sich auf kantonaler Ebene die Revision des aktuellen Datenschutzgesetzes in Vernehmlassung. Diese wird demnächst im Kantonsrat

erscheinen. Dort könnt ihr sicher sein, dass man für Polizeibehörden und entsprechende Terrorismusbekämpfung ein Schlupfloch machen wird, um uns alle biometrisch zu überwachen. Für mich spielt es keine Rolle. Ich sehe es als Diskussionsangebot für diesen Rat. Man kann früh genug Gegensteuer geben oder man kann es auch einfach der Entwicklung überlassen.
SR Moos: Ich fühle mich angesprochen bezüglich unserem installierten System SwimEye im Schwimmbad Egelsee, welches im Lauf des nächsten Monats in Betrieb gehen soll. Momentan laufen da Kalibrierungsversuche mit Tauchern. Ich kann Ihnen versichern, das ist kein biometrisches System. Biometrie heisst, es vermisst Körpermerkmale, das macht dieses System nicht. Man kann auf diesem System auch keine Gesichter erkennen. Man kann also nicht erkennen, wer am Ertrinken ist. Was man erkennen kann ist, dass jemand am Ertrinken ist. Man kann auch nicht erkennen, ob jemand pinkelt oder sonst irgendetwas ins Wasser macht, dafür wird es auch nicht genutzt. Es geht lediglich darum zu detektieren, ob jemand am Ertrinken ist oder nicht. Offensichtlich ist das GR Schulthess nicht so wichtig. Es gab letzthin einen Fall in Konstanz, wo leider auf tragische Weise ein Schulkind in seiner ersten Schwimmlektion im vollbesetzten Bad ertrunken ist. Ich möchte das weder meinem Personal im Schwimmbad noch mir selbst oder meinen Stadtratskollegen zumuten, dass in unserem Bad Egelsee so etwas passiert. Deshalb machen wir alles, um so etwas zu vermeiden. Und das haben wir mit dem Einbau dieses Systems gemacht.
GR Merk: Die gesetzliche Grundlage ist so, dass die Stadt im öffentlichen Raum keine serielle Datenverarbeitung nutzen darf. Ein solcher Einsatz müsste aus gesetzlicher Sicht sehr gut begründet werden können und würde auch daran gemessen, ob es nicht andere, feinere oder mildere Mittel und Wege gäbe, um die gleichen Ziele zu erreichen. Aus Sicht unserer Fraktion gibt es keine gesetzliche Grundlage, die die Stadt als Basis nehmen könnte, um solche Erkennungssysteme einsetzen zu können oder zu dürfen. Das ist aus unserer Sicht auch richtig so. Wir als Fraktion unterstützen diese Motion nicht. Das Thema ist momentan eines, welches nicht auf Ebene Stadt geregelt wird, sondern im Datenschutzgesetz des Kantons. Aber, und ich hoffe, dass du GR Schulthess das zur Kenntnis nimmst, du zementierst ja auch heute wieder ein für dich offenbar sehr klares Bild von Gut und Böse, Schwarz und Weiss oder eben Grün und nicht so Grün – wir teilen deine grundsätzliche Sorge. Wenigstens teilweise. Die Entscheidung, wer mit Massnahmen zu rechnen hat, darf man keiner künstlichen Intelligenz überlassen, und einem Überwachungssystem, welches den durchsichtigen Bürger noch ein bisschen gläserner macht, ist zumindest mit sehr grosser Vorsicht und einer guten Portion Skepsis zu begegnen. In diesem Sinn teilen wir inhaltlich einen Teil der Sorgen, die deine Motion zum Ausdruck bringt. Gemäss unserem Kenntnisstand gibt es aktuell keine solchen Systeme, die durch die Stadt genutzt werden, das soll in Zukunft auch so bleiben. Die aktuellen rechtlichen Grundlagen dazu reichen aus Sicht der FL/G/GLP-Fraktion aus.
GR Ch. Brändli: Auch unsere FDP-Fraktion teilt die grundsätzliche Sorge gleich wie die FL/G/GLP-Fraktion, dass man sich dem annimmt, aber wir sind der festen Überzeugung, wenn das dereinst ein Thema werden sollte, dass der Stadtrat mit einer Botschaft, mit einem Reglement in den Gemeinderat kommt und es uns darlegt.
Der Ratspräsident: Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeinderat, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Abstimmung
Der Antrag des Stadtrats wird mit 2 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen und die Motion somit als nicht erheblich erklärt.

Interpellationen

15. Interpellation Stimmt Aufgabenzuweisung an Ordnungsdienste mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung überein – Parkbussen statt Sicherheit im öffentlichen Raum? / Begründung

Der Ratspräsident: An der Sitzung vom 13. Juni 2024 wurde die Interpellation an den Stadtrat überwiesen.

GR Schulthess: Wir haben in der Stadt Kreuzlingen eigene Ordnungsdienste. Diese haben keine Polizeibefugnisse, diese bleibt bei der Kantonspolizei. Trotzdem ist in der Wahrnehmung vieler Bürger, die mir begegnen, ein Ungleichgewicht zwischen der Sicherheit in der Stadt und dem, was von den Ordnungsdiensten in der Ressourcenplanung und in der Aufgabenzuweisung durchgeführt wird. Das heisst konkret, die Leute nehmen es so wahr, dass man sich in gewissen Zonen der Stadt nicht mehr zu jeder Zeit frei bewegen kann, sich gefährdet fühlt, aber wenn man einmal eine Viertelstunde über der Parkzeit ist, wird man relativ lückenlos gebüsst. Klar, ich habe jetzt verstanden, wir brauchen dieses Geld, um die Parkhäuser zu finanzieren, das verstehe ich. Aber trotzdem sollten wir die zweite Seite auch hinkriegen. Die Idee ist, dem Stadtrat die Frage zu stellen, ob er die Ressourcenzuweisung für richtig hält. Ich sage, die Ordnungsdienstmitarbeiter, die nicht gern nachts um 2 Uhr arbeiten, könnten sich an verschiedenen Punkten in dieser Stadt aufhalten und mit dem Telefon für eine gewisse Sicherheit sorgen, statt dass sie tagsüber den Boulevard auf und ab ihrer Kassenfüllungsaufgabe nachkommen. Das ist der erste Teil. Da fände ich, sollte man über die Bücher gehen, ob das mit den Bedürfnissen der Bevölkerung übereinstimmt. Auf den zweiten Teil gehe ich nur kurz ein. Dieser besteht aus neun Fragen. Dort geht es mehr um die Handhabung und Umsetzung von bestehenden Sicherheitsreglementen bezüglich Kameraüberwachung. Die Kernfrage, die dahintersteckt, ist: Bringt das wirklich etwas? Können wir Sicherheit schaffen, indem wir noch mehr Kameras aufstellen? Ich weiss, das schliesst ein bisschen an die vorherige Motion an. Und ich weiss, man könnte diese Frage unter Umständen auch aus GPK-Sicht beleuchten und aufnehmen. Ich finde, man müsste dann ein bisschen investigativer sein, als nur eine kleine Kommissionssitzung dazu machen. Man müsste es entsprechend detaillieren. Wir haben es von der FDP-Fraktion gehört. Wenn wir uns schon auf ein Reglement abstützen, das gilt auch für das vorherige Thema, sollte man auch dafür sorgen, dass das Reglement entsprechend umgesetzt und eingehalten wird. Und dazu enthält die Interpellation viele Fragen.

Verschiedenes

16. Schriftliche Anfrage Betrieb von Erdgastankstellen durch Energie Kreuzlingen in der Stadt Kreuzlingen / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Antwort des Stadtrats auf die schriftliche Anfrage "Betrieb von Erdgastankstellen durch Energie Kreuzlingen in der Stadt Kreuzlingen" lag der Einladung zur heutigen Sitzung bei. Eine Diskussion findet nicht statt.

17. Schriftliche Anfrage zum Rückbau der Schrankenanlage beim Parkplatz Hörnli / Beantwortung

Der Ratspräsident: Der Einladung zur heutigen Sitzung lag die Beantwortung des Stadtrats auf die schriftliche Anfrage "Rückbau der Schrankenanlage beim Parkplatz Hörnli" bei. Eine Diskussion findet nicht statt.

18. Schriftliche Anfrage zur Homepage der Stadt Kreuzlingen / Beantwortung

Der Ratspräsident: Auch die Beantwortung des Stadtrats auf die schriftliche Anfrage "Homepage der Stadt Kreuzlingen" lag der Einladung zur heutigen Sitzung bei. Eine Diskussion findet nicht statt.

19. Verschiedenes
19.1 Rücktritt GR Irene Herzog

GR I. Herzog: Ich möchte euch/Sie darüber informieren, dass ich per 31. Oktober 2024 aus dem Gemeinderat zurücktreten werde. Warum informiere ich bereits heute? Nach Absprache mit der Stadtkanzlei macht es Sinn, dass meine Nachfolge per 1. November nahtlos anfangen kann, und zwar inklusive bereits definierter Kommissionen, die wir in der Oktobersitzung dann noch behandeln werden. Weitere Erläuterungen zum Rücktritt und einen kurzen Rückblick über die letzten 17 Jahre werde ich euch an meiner letzten Sitzung vom 3. Oktober abgeben.

19.2 Provisorische Bushaltestelle Romanshornerstrasse

GR Schulthess: Ich habe eine Frage an SR Zülle: Und zwar gibt es an der Romanshornerstrasse zwischen Ziilkreisel und Bottighofen neu eine provisorische Bushaltestelle. Diese Haltestelle war vorher an der Ziilstrasse an der Ecke bei der Garage Zurbuchen, vis-à-vis der Tankstelle Migrol. Warum hat man diese Bushaltestelle rückwärts auf das enge Stück der Romanshornerstrasse gerückt. Wir haben eigentlich zwei Achsen durch die Stadt, die Seetalstrasse und die Romanshornerstrasse. Vorher war diese Bushaltestelle auf der Seetalstrassenachse. Diese Zurückversetzung hat einen grossen Stau zur Folge. Der Bus hält mitten auf der Romanshornerstrasse, der am zweitmeisten befahrenen Strasse des Kantons und Dutzende Autos warten dahinter, bis die Passagiere ein- und ausgestiegen sind. Warum hat man die Bushaltestelle auf diese Verengung versetzt, statt ein paar Hundert Meter nach vorne?
SR Zülle: Der Grund für diese Versetzung ist wegen der Bleichestrasse, weil der Bus eine andere Linie fährt. Deshalb hat man dieses Provisorium gemacht. Wir können auch eine Begründung liefern, warum es genau dort ist, das kann ich nicht aus dem Stegreif erklären. Es ist aber nicht immer störend, wenn der Bus auf der Fahrbahn hält. Auch auf stark befahrenen Strassen sind alle, die irgendwann auf diese Strasse einbiegen wollen, froh um eine Lücke, die geschaffen wird. Gerade einer Strasse, die so stark befahren ist, tut es sogar gut, vor allem bei Kreiseln usw. Aber das ist eine Diskussion, die wir schon ein paarmal hatten, auch bei der Bushaltestelle beim Hörnli, wo es genau gleich ist. Aber wenn du das wünschst, können wir die Begründung schriftlich liefern, warum genau dort und wie die Planung war. Der Leiter Tiefbau ist zwar hier, darf hier aber nicht sprechen, er wird es aber noch schriftlich nachliefern.
GR Schulthess: Diese Begründung hätte ich natürlich gern. Ich habe es fast befürchtet. Zuerst hat es so ausgesehen, als wäre das der Vernunft geschuldet, aber da SR Zülle einmal mehr findet, dass der Bus der natürliche Pulkführer ist, also als Bremser für Autofahrer verwendet wird, kann ich nur dazu einladen, solche Sachen nicht zu machen. Damit schafft man sich weitere Gegner von Verkehrsprojekten. Ich finde das sehr unvernünftig, dass man probiert, Autos mit Bussen auszubremsen. Das ist, wir haben es hier schon ein paarmal diskutiert, kontraproduktiv.

19.3 Kreuzlingen Hotspot für Asylkriminalität

GR Hummel: Ich habe eine Frage an SR Beringer. Mir ist ein Artikel in die Hand gefallen. "Interview: Kreuzlingen ist kein Hotspot für Asylkriminalität." Das sagte Stadtpräsident Thomas Niederberger zur Sicherheit in Kreuzlingen." Das war am 18. März. In der Zwischenzeit hat sich die Situation leider ein bisschen verändert. Als bekannt wurde, dass das Empfangszentrum ein Ausreisezentrum werden soll, waren zwei Personen vom Bund hier und lobten zuerst wortreich, wie tolerant die Bevölkerung mit diesen Einrichtungen sei. Ich glaube, wenn es so weitergeht, wie es aktuell geht, sind die Leute nicht mehr so tolerant. Ich habe dann ein Interview mit Marc Hungerbühler auf einem Lokalsender gehört, was die Stadt Kreuzlingen für die Sicherheit zu tun gedenke. Er sagte, man würde die Patrouillen verstärken und schaue, dass die Kantonspolizei vermehrt kontrolliere. Jetzt aber meine Frage: Warum nimmt man den Bund nicht in die Pflicht? Das sind Gäste des Bundes. Das verstehe ich nicht. Am 17.

Februar 2019 wurde von den zwei Leuten vom Migrationsamt offeriert, dass man für die Sicherheit sorgen werde. Den Bund muss man einfach in die Pflicht nehmen. Wir hatten schon vor einigen Jahren Probleme mit Asylanten in der Bodensee-Arena. Ich forderte damals SR Blatter auf, in Bern zu intervenieren. Er hat in Bern interveniert. Ich wurde vom Chef des Migrationsamts kontaktiert, und er machte mit mir und dem Chef Sicherheit, der damals fürs Empfangszentrum zuständig war, einen Termin ab. Anlässlich einer Besprechung konnte ich schildern, was Sache ist. Sie erklärten, welche Massnahmen ihrerseits getroffen werden. Wir hatten zweimal pro Woche eine Sitzung, nach drei Monaten hatten wir Ruhe. Warum involviert man den Bund nicht und nimmt ihn in die Pflicht?

SR Beringer: Zuerst möchte ich ganz klar festhalten, dass jeder Vorfall, der in der Presse publik wird, ein Vorfall zu viel ist. Da gebe ich jedem recht, der gegen so etwas moniert und die Sicherheit infrage stellt. Die Frage ist, was die Stadt Kreuzlingen macht. Und eine ganz konkrete Frage von dir ist, wieso wir nichts mit dem Bund machen. Das stimmt nicht ganz. Wir sind mit dem Bund, konkret mit dem Staatssekretariat für Migration in ständigem Austausch. Und sobald in der Stadt irgendetwas passiert, interagieren wir miteinander. Es ist nicht so, dass wir nicht miteinander diskutieren. Wir schauen, dass der Sicherheitsdienst, den das SEM zur Verfügung stellt, uns auch hilft, die bekannten Hotspots, die jeweils ermittelt werden, stärker zu überwachen. Das funktioniert. Wir können aber nicht ausschliessen, dass es immer wieder zu Vorfällen kommt. Das ist gar nicht möglich. Das war vor zehn Jahren nicht möglich, wir hatten solche Vorfälle auch vor zehn Jahren. Wir hatten auch vor fünf Jahren solche Vorfälle und leider hatten wir gerade am Seenachtsfest wieder so einen Vorfall, und am 28. August war beim Seeburgareal auch etwas, wo zusammen mit Jugendlichen und Asylsuchenden etwas passiert ist. Dort hat allerdings die Interaktion funktioniert. Unser Sicherheitsdienst konnte zusammen mit der Kantonspolizei sofort reagieren und die Täter ermitteln und Diebesgut feststellen. Das hat auch schon funktioniert, bevor wir den Wechsel im Sicherheitsdienst hatten. Die Interaktionen funktionieren. STP Niederberger wird nachher dazu noch etwas sagen, denn wir haben das im Stadtrat auch diskutiert und einen Beschluss gefällt, dass wir mit gewissen Anliegen direkt an den Bund gelangen. Dazu möchte ich das Wort gern an STP Niederberger geben. Von unserer Seite, vom Sicherheitsdienst her machen wir alles, dass solche Vorfälle nicht passieren. Wir wollen, dass wir eine sichere Stadt sind und die Leute sich wohlfühlen. Es ist unser grosses Anliegen, dass wir eine ruhige Stadt haben und es mit den Asylsuchenden, auch wenn es gerade ein bisschen mehr Leute aus gewissen Ländern hier hat, zusammen mit unseren drei Sicherheitsdiensten, die unterwegs sind, in den Griff bekommen.

GR Schulthess: Das ist so, es wird interagiert. Ich habe verdankenswerter Weise von STP Niederberger das Protokoll der Sitzung mit den Zuständigen der Stadt und mit dem SEM bekommen. Es wird interagiert, aber wenn man das Protokoll fertig liest, sieht man, dass unsere Behörden komplett überfordert sind mit unserer Sicherheitslage. Wer das nicht glaubt, kann ja die Zeitung lesen. Ich würde den Chef Sicherheitsdienst, der sagt, wir bekommen das nicht in den Griff, zum Rücktritt auffordern, wenn er solche Aussagen macht.

STP Niederberger: Selbstverständlich beunruhigt uns das auch, was in Kreuzlingen in letzter Zeit passiert ist. Aber ehrlich gesagt, mich beunruhigt nicht nur das. Mich beunruhigt die ganze Situation, wenn man in der ganzen Schweiz oder in ganz Europa herumschaut – oder auch in Deutschland. Messerstecherei in Solingen, einen Tag später Messerstecherei in Siegen. Gestern wollte in München irgendeiner eine Moschee stürmen, die Polizei musste ihn erschiessen. Ich finde, das ist im Moment eine sehr beunruhigende Situation, wo ich absolut verstehen kann, dass die Bevölkerung grundsätzlich ein ungutes Gefühl hat. Das kann ich wirklich verstehen. Als Stadtrat unternehmen wir das Möglichste, was wir machen können. Es gibt aber ein Gewaltmonopol. Ich kann selbst nicht mit der Pistole ins Asylzentrum gehen. Aber wir müssen mit diesen Organisationen in Kontakt sein, und das sind wir auch. Ich habe direkt an Bundesrat Jans einen Brief geschrieben und ihm die ganze Situation geschildert. Nicht nur bezogen auf den Mikrokosmos Kreuzlingen, der kommt natürlich auch vor, das ist der Hauptteil, sondern die ganze Situation, die wir im Moment in der Schweiz haben, wo ich auch Bedenken habe, was den innersozialen Frieden betrifft. Ich habe ihm einen dreiseitigen Brief geschrieben und das auch untermauert mit den parlamentarischen Vorstössen, die wir hier haben, um ihm zu zeigen, wie unsere Situation ist. Ich habe ihn explizit nach Kreuzlingen eingeladen, damit er sich diese Situation einmal anschauen kann und wir mit ihm mögliche Massnahmen besprechen können. Ich habe noch keine

Rückmeldung bekommen, bin aber sehr überzeugt, dass er aufgrund dieses Schreibens ein Interesse hat, einmal zu schauen, wie es in einer Stadt oder einer Grenzregion aussieht. Was mich weiter beunruhigt, ist ein Leserbrief auf der Plattform Kreuzlingen 24 mit dem Titel "Kriminalität ausser Kontrolle. Kreuzlingen im Würgegriff der Verbrechen". So ein reisserischer, populistischer und unverantwortlicher Titel dient der Situation meiner Meinung nach auch nicht. Hinter dem Inhalt, dass man die Behörden aufruft, etwas zu unternehmen, kann ich absolut stehen. Das soll auch so sein. Aber so reisserische Titel finde ich nicht gut, dass bewirkt eher das Gegenteil, dass der innere Friede noch mehr zerstört wird, als er es sonst schon ist. Ich bitte auch Plattformen wie Kreuzlingen 24, vielleicht einmal die Vorschriften des Presserats zu studieren, was man machen soll und was man nicht machen kann.
GR Schulthess: Langsam wird es heute Abend noch richtig spannend. Erstens: Der Leserbrief ist nicht von mir. Ihr hättet es nicht geglaubt, aber er ist nicht von mir. Thomas, du sagst, der Stadtrat unternimmt das Möglichste. Ehrlich gesagt, das ist gelogen. Das Möglichste habt ihr auf dem Tisch. Das Möglichste ist, die Asylempfangsstelle zu schliessen. Ihr als Exekutive, unternehmt etwas. Hört auf, Briefe zu schreiben, hört auf zu schwatzen. Du weisst, was mit diesem Brief passiert. Vielleicht kommt ja Herr Jans zu Besuch, aber wir sprechen schon seit Jahren über genau das gleiche Thema, und es verschärft sich. Und jetzt abschliessend noch auf die Presse loszugehen, die einzige Presse, die es nicht totschweigt, ist eine recht unterirdische Tour. Zu sagen, wenn ihr es nicht schreiben würdet, hätten wir dieses Problem nicht, ist echt ein bisschen wenig.

19.4 Rolle der Kreuzlinger Nachrichten und deren Vertrag / Frage an den Stadtrat, Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 52, Ziff 2

GR Schulthess: Das bringt mich nahtlos zu meiner Anfrage. Ich habe an der Sitzung vom 4. Juli dem Stadtrat eine Frage gestellt. Es gibt in der Gemeindeordnung das Vehikel, dass man dem Stadtrat vorab eine Frage stellen kann, damit der Stadtrat sich darauf vorbereiten kann, weil es inhaltlich vielleicht ein bisschen schwieriger ist. Der Stadtrat hat meine Frage nicht beantwortet. Das nächste Mal bekommt ihr sie nicht schriftlich, sondern direkt unter Verschiedenes. Ihr habt gesagt, weil ich euch nicht gefragt habe, habt ihr es nicht beantwortet. Super. Und das gehört genau hier dazu, es ist genau dieses Thema. Frage an den Stadtrat gemäss Art. 42 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat zur Beantwortung in der Gemeinderatssitzung: Ich habe den neuen Vertrag mit den Kreuzlinger Nachrichten bekommen zum Thema Presse. Danke, dass ich den bekommen habe, das ist heute nicht mehr so selbstverständlich. Ich habe ihn sogar ungeschwärzt bekommen. Man hat diesen Vertrag schnell verlängert, weil ein bisschen Kritik aufgekommen war. Unter 4.4 steht – ich weiss nicht, ob man zu diesem Vertrag die Zuschauer ausschliessen müsste, dann müsste halt jemand Stopp rufen. "Redaktionelle Leistungen: Das ist das, was die Stadt Kreuzlingen von den Kreuzlinger Nachrichten als amtliches Publikationsorgan verlangt. "Die von der Kommunikationsstelle der Stadt verschickten Medienmitteilungen werden von der Redaktion bearbeitet und platziert." Meiner Meinung nach habe ich noch nie keine bearbeitete Pressemeldung gesehen. Diese kommen immer genau eins zu eins, höchstens ein bisschen kürzer vor. "Die Stadt erwartet von den Kreuzlinger Nachrichten eine kontinuierliche" - heute seid ihr hier, super, heute habt ihr es geschafft – "umfassende" - heute seid ihr hier – "objektive" - oh, oh, oh, das Presseratthema hat mich vorhin gleich getriggert, da müssten wir mal über die Bücher, in diesem Land gibt es einen klaren Pressekodex – "Berichterstattung über die Lokalpolitik, Gesellschaft, Kultur usw.". Da habe ich eine Frage an den Stadtrat. Es ist vielleicht ein bisschen kompliziert, ich hätte euch das gern im Voraus geschickt, aber da ihr es ja nicht freiwillig beantwortet habt, müsst ihr es euch jetzt so gefallen lassen. Meine Frage lautet: Ist das für den Stadtrat eine redaktionelle Leistung, wenn die Kreuzlinger Nachrichten über eine Gemeinderatssitzung wie heute Abend nur die Medienmitteilung der Stadt platzieren? Sonst nichts. Kein Text, kein Wort, keine Kritik, nichts. Jahrelang. Ist das für euch eine redaktionelle Leistung? Denn das wäre im Vertrag gestanden. Dann unter Punkt 4.4 im Vertrag: Was hält der Stadtrat für umfassend? Es wird nicht einmal die gesamte Traktandenliste der Gemeinderatssitzung publiziert. Findet ihr das umfassend? Das wäre meine zweite Frage. Was versteht der Stadtrat unter Punkt 4.4 unter "Bearbeiten"? Und jetzt kommt der mit dem Pressekodex, dazu habt ihr mich geradezu aufgescheucht. Ist für den Stadtrat der Schweizer Pressekodex die Grundlage für eine angemessene

Berichterstattung? Und was ist eine angemessene Berichterstattung? Es gibt klare Richtlinien des Pressekodex. Mir fällt nur ein Presseorgan ein, welches sich daran hält, aber wir fangen hier keine Werbung an. Was ist für den Stadtrat objektiv? Denn objektiv ist nicht, wenn die Kreuzlinger Nachrichten nur eure Pressemitteilung publizieren. Das ist nicht objektiv, sondern das ist euer Presseorgan. Das ist nicht objektiv gemäss Pressekodex. Und schlussendlich die genannte Erwartung des Stadtrats: Ist diese erfüllt? Denn das ist eine Zeitung, die wir mitfinanzieren. Ist das aus eurer Sicht lückenlos erfüllt? Dass dem Presseorgan ein beratendes Gremium beisitzt, das aus der Gemeinsame aus den umliegenden Gemeinden besteht, merke ich am Schluss noch an. Danke für die Beantwortung meiner Fragen, ihr könnt sie auch als schriftliche Anfrage haben, wenn ihr wollt.

STP Niederberger: Gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats gibt es die Möglichkeit, dass man bis am Mittwoch XY Fragen einreichen kann. Dann können wir die Antworten vorbereiten und an der Gemeinderatssitzung unter Verschiedenes beantworten. Für mich war bisher klar, dass der Fragende dann aufsteht und die Frage stellt, und dann stehe ich auf oder derjenige, der angesprochen ist, und beantwortet die Frage. So habe ich es bisher verstanden. Teilweise ist vom Stadtrat schon jemand aufgestanden und ihr habt gar nicht gewusst, was überhaupt gefragt worden ist. Ich fasse das Vorgehen so auf, wenn ich das falsch auffasse, bitte ich das Büro, das intern zu besprechen und genau zu sagen, wie man das beantworten soll. Ich glaube nicht, dass wir als Stadtrat auch noch die Frage des Fragestellers vorlesen müssen, sondern dass das anders erfolgt, dann machen wir das selbstverständlich sehr gern. Weil alle Fragen bereits gestellt worden sind, bin ich jetzt fast genötigt, jede Frage zuerst noch einmal vorzulesen. Aber ich antworte jetzt einfach einmal. Es wird jetzt halt spät, aber das macht nichts. Zuerst muss ich anmerken, dass die amtlichen Publikationen eine Pflicht sind. Wir sind verpflichtet, ein amtliches Publikationsorgan zu haben. Wir könnten es anders machen, wir könnten die amtlichen Publikationen ins Internet stellen und in den Anschlagkasten. Aber ich finde, es ist Service public, dass wir die amtlichen Publikationen allen zugänglich machen. Allen. Und weil die Kreuzlinger Zeitung weggefallen ist, haben sich dafür die Kreuzlinger Nachrichten angeboten. In der Vereinbarung mit den Kreuzlinger Nachrichten ist festgehalten, dass diese Zeitung eine kontinuierliche, umfassende, objektive, faktisch korrekte und der Sache angemessene Berichterstattung über wirtschaftliche und gewerbliche Ereignisse und Entwicklungen sowohl in der Lokalpolitik als auch Gesellschaft, Kultur und Sport in Kreuzlingen macht. Das wird nach unserer Meinung sehr gut erfüllt. Ich finde, dass seit die Kreuzlinger Nachrichten das Publikationsorgan zusammen mit den drei Nachbargemeinden ist, diese Zeitung an inhaltlichem und informativem Wert gewonnen hat. Im Weiteren erwartet der Stadtrat von den Kreuzlinger Nachrichten die Teilnahme an den städtischen Medienkonferenzen. Ich kann sagen, die Kreuzlinger Nachrichten sind an jeder Pressekonferenz dabei, ebenfalls an den Gemeinderatssitzungen. Hier hatten wir bisher Lücken. Wir haben das auch in der Beiratssitzung besprochen. Von Anfang an hatten wir einen Beirat. Als wir damit konfrontiert waren, dass die Kreuzlinger Zeitung innerhalb von kürzester Zeit ihren Betrieb einstellt, brauchten wir eine Alternative. Mit den vier Gemeinden haben wir das zusammen erarbeitet, haben uns mit den Kreuzlinger Nachrichten zusammengesetzt und geschaut, wie wir das machen können. Wir haben uns verschiedenste Varianten angeschaut. Schlussendlich mussten wir feststellen, dass wir mit den Kreuzlinger Nachrichten qualitativ, aber auch finanziell die beste Möglichkeit haben, wie wir zusammenarbeiten können. Der Beirat trifft sich ein bis zwei Mal pro Jahr mit der Redaktion. Dort wird besprochen, was gut ist, was weniger gut ist und was man besser machen kann. Dort haben wir auch gefordert, dass die Kreuzlinger Nachrichten auch an den Gemeinderatssitzungen anwesend sind. Ein Nachteil bei den Kreuzlinger Nachrichten ist, heute ist Donnerstag und heute ist die Zeitung herausgekommen. Die nächste Zeitung erscheint erst wieder am nächsten Donnerstag. Das ist ein Nachteil, den wir leider nicht ändern können. Die Publikation der Traktandenliste als Bestandteil der Medienmitteilung – ich kann mich nicht erinnern, wann man je eine Traktandenliste in der Zeitung publiziert hat. Über jedes Geschäft auf der Traktandenliste, über jede Botschaft haben wir eineinhalb Wochen vor der Gemeinderatssitzung eine Medienkonferenz. Vor eineinhalb Wochen haben wir uns zum Thema Parkhaus und zum Thema Zusatzkredit zusammengesetzt, und im Oktober setzen wir uns zum Thema Budget mit Energie Kreuzlingen und mit der Auflösung VKK zusammen. Es ist normal, dass wir das jeweils so machen. Zur gestalterischen Medienmitteilung und Umsetzung von amtlichen Publikationen: Wie ihr wisst, gibt es im hinteren Teil die speziell gestalteten Seiten für jede

Gemeinde. Kreuzlingen, Tägerwilen, Lengwil und Kemmental. Es ist klar ersichtlich, welche Seite von welcher Gemeinde ist. Diese Gestaltung macht die Gemeinde, dort nimmt der Verlag keinen Einfluss. Sie gestalten es, dann geht es in die Gemeinde, dort schaut man es an und kontrolliert es und macht allenfalls Änderungen. Auf die Medienmitteilungen, die von uns dort drin sind, nimmt der Verlag keinen Einfluss. Aber sie können natürlich ein Thema aufnehmen und im vorderen Teil beleuchten, oder sind an den Medienkonferenzen dabei. Zu den amtlichen Publikationen gehören auch Todesanzeigen, die Auflage von Baugesuchen, Gestaltungsplänen, Sonderbewilligungen usw. Da gibt es klare Vorgaben, was man publizieren muss. Selbstverständlich wird der Schweizer Pressekodex von uns eingehalten. Darauf legen wir grossen Wert. Das ist auch für unsere Partner von den Gemeinden klar. Was auch klar ist, wir nehmen 0.0 % Einfluss auf die redaktionellen Inhalte der Kreuzlinger Nachrichten. In der Leistungsvereinbarung ist auch festgehalten, dass eine objektive Berichterstattung erwartet wird und dass auch die Vorgaben des Schweizer Presserats befolgt werden sollen. Dann noch zur Frage der finanziellen Abgeltungen: Das betrifft nur die Seite der Stadt, also nur den hinteren Teil. Die Produktion einer Seite kostet so und so viel. Wir haben im Durchschnitt zwei, manchmal zweieinhalb Seiten, manchmal nur eineinhalb Seiten, und die entschädigen wir. Das ist im Budget sichtbar, das sind ungefähr CHF 75'000, die wir bezahlen. Aber wir bezahlen nur die speziell gestalteten Seiten der Stadt Kreuzlingen und der anderen Gemeinden.
Der Ratspräsident: Ich möchte mich zum Ablauf noch äussern, damit dieser klar ist. Weil es vor ein paar Jahren vorgekommen ist, dass die Stadträte mit irgendwelchen Anfragen überrumpelt wurden, die eine vertiefte oder zumindest genauere Analyse verlangt hätten, haben wir gesagt, man sollte diese Anfragen vorgängig schriftlich einreichen. Wir haben dann darüber diskutiert, ob morgens um 8 Uhr oder abends um 17 Uhr der richtige Zeitpunkt ist, damit überhaupt eine Chance besteht, eine gehaltvolle Antwort zu geben. Wenn man das nicht macht, ist das für den Fragenden unbefriedigend. Er stellt dann die Frage und erhält nur eine unbefriedigende Antwort, und für den Befragten ist es auch mühsam, weil er sich nicht vorbereiten kann. Die Frage an sich ist aber nicht gestellt mit dem Abgeben der schriftlichen Abfassung. Die Frage muss im Saal auch noch gestellt werden. Wenn man nicht sicher ist, ob man daran denkt, darf man es mir zu Beginn der Sitzung sagen, dann schaue ich dich so lange an, bis es dir wieder einfällt und du deine Frage stellen kannst.

19.5 Ergänzung zum Traktandum 19.3 – Kreuzlingen Hotspot für Asylkriminalität

GR Hummel: Ich komme auf das vorherige Thema zurück, bevor GR Schulthess abgeschweift ist. Du hast aufgezählt, was für Massnahmen wir machen. Warum kommuniziert ihr das nicht aktiv? Ich habe auf TVO einen Beitrag gesehen, wo der Moderator nonchalant sagte, der Stadtpräsident habe keine Zeit für ein Interview gehabt, er habe eine wichtige Stadtratssitzung. Was meinst du, wie das bei der Bevölkerung ankommt? Das kommt nicht an. Also, das ist eine Empfehlung von mir.
STP Niederberger: Wir haben das TVO ebenfalls erklärt. Wie läuft das normalerweise? Es kommt brutal spät eine Anfrage und du solltest innerhalb einer Stunde parat stehen. Aber wir waren in einer Stadtratssitzung. Normalerweise nehmen wir solche Pressetermine möglichst immer wahr. Also haben wir gesagt, dann geht halt Marc Hungerbühler. Er ist vielleicht nicht so geschult, wie wir als Stadtrat es sind. Dann muss man auch noch sagen, dass bei solchen Interviews ja immer ziemlich viele Fragen gestellt werden und das Interview dann zusammengeschnitten wird. Das ist auch ein bisschen eine Problematik mit den Regionalfernsehsendern, dass diese Zusammenschnitte so gemacht werden, dass es für sie am besten ist und für uns vielleicht weniger gut ist. Das haben wir leider schon mehrfach erlebt. Aber normalerweise nehmen wir solche Pressetermine als Stadtrat persönlich wahr.
GR Müller: Ich habe mir lange überlegt, ob ich noch etwas sagen soll, aber ich mache es doch noch, weil ich mir auch Sorgen mache und aufzeigen möchte, dass es auch noch eine andere Seite gibt. Es gibt nicht nur die Seite, die wir heute ein paar Mal gehört haben und die auch in der Presse oder in Kommentarspalten herumgezogen wird. Ich mache mir auch Sorgen um den sozialen Frieden in Kreuzlingen. Aber es macht mir auch Sorgen, wenn verlangt wird, dass das Asylzentrum geschlossen wird. Das werden wir noch diskutieren. Aber irgendwo in die Berge abschieben, wo es niemanden hat, das wird auf jeden Fall für diese Menschen keine Lösung sein. Wer sich darum kümmert, dass es gut

funktioniert, ist zum Beispiel das Agathu. Das sind viele Leute, die sich auf einer menschlichen Basis sehr engagieren. Es geht darum, dass das Menschen sind. Es gibt einzelne unter diesen Menschen, die Gewalt angewendet haben, auch sexualisierte Gewalt, und keiner dieser Fälle lässt sich rechtfertigen. Aber die allermeisten dieser Menschen haben das nicht gemacht. Man muss die Opfer unterstützen und die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden, das ist keine Frage. Über die Ursachen und die Prävention von Kriminalität und Gewalt werden wir hier noch diskutieren. Aber was jetzt teilweise passiert, ist der Aufbau einer Sündenbockerzählung. Eine Bevölkerungsgruppe wird für alle Probleme verantwortlich gemacht, und das macht mir grosse Sorgen. Wenn man diese Erzählung lange genug immer und immer wiederholt, reicht irgendwann ein kleiner Funke, irgendein Ereignis, das muss nicht einmal unbedingt von dieser Bevölkerungsgruppe ausgehen, es reicht eine Behauptung oder eine Vorverurteilung, und der Mob geht los. Dann entlädt sich der Hass in Brandanschläge, in schwere Körperverletzung, in Mord. Davon sind wir weit entfernt, aber trotzdem hatten wir auch eine Gruppe von Leuten hier, die nicht so weit von diesen Vorstellungen entfernt ist. Dann wird nicht mehr differenziert und es kommt nicht einmal mehr darauf an, ob jemand wirklich zu dieser Bevölkerungsgruppe gehört oder nur etwa so aussieht. Menschen sind sehr empfänglich für Sündenbockerzählungen. Man sieht das in der europäischen Geschichte bei zahlreichen Pogromen an Sinti und Roma, man sieht das an ganz unterschiedlichen Orten weltweit. Gegen Rohingyas in Myanmar, gegen Simbabwer in Südafrika, bei Anschlägen gegen Geflüchtete in Deutschland und England. Solchen Entwicklungen müssen wir uns entgegenstellen, weil wir die Verantwortung für die Sicherheit aller Menschen in Kreuzlingen tragen, egal wie sie aussehen oder wie sie sprechen.

19.6. Motion Gewährleistung von Bargeldzahlungen in Einrichtungen der Stadt Kreuzlingen / Eingang

Der Ratspräsident: Am 3. September 2024 ist per E-Mail eine Motion von GR Schulthess mit dem Titel "Gewährleistung von Bargeldzahlungen in Einrichtungen der Stadt Kreuzlingen" eingegangen und wird mit heutigem Datum an den Stadtrat überwiesen (Protokoll Beilage 1).

19.7 Motion Verzicht auf mündliche Begründung bei parlamentarischen Vorstössen – mehr Zeit für Diskussion / Eingang

Der Ratspräsident: Weiter ist heute von GR Müller eine Motion mit dem Titel "Verzicht auf mündliche Begründung bei parlamentarischen Vorstössen, mehr Zeit für Diskussion" eingegangen, auch diese Motion wird per heute an den Stadtrat überwiesen (Protokoll Beilage 2).

19.8 Politische Werbung während Gemeinderatssitzung

Der Ratspräsident: Dann habe ich eine Bitte: In der Pause ist aufgefallen, dass im hinteren Teil des Saals Flyer aufgelegt worden sind. Ich bitte Sie um die Einhaltung der Saalordnung und darum, auf das Auslegen von Flyern zu verzichten, egal was darin steht. Mich interessiert nicht, was darin steht, mich interessiert, dass etwas drin steht. Dass man es nicht falsch versteht, egal welche politische Couleur, dieser Saal ist nicht dafür da, Werbung für politische Strömungen und Parteien zu machen. Bitte nehmen Sie darauf Rücksicht.

19.9 Vorgehen Einbürgerungen am 3. Oktober 2024

Dann habe ich noch einen Ausblick auf die Oktobersitzung. Rückmeldungen bezüglich Einbürgerungsverfahren der nächsten Sitzung ist das Thema. Die Ausgangslage ist so, dass bei der Oktobersitzung 33 Einbürgerungswillige auf der Liste sind. Grundlage des Problems ist die Platzzahl, die in diesem Saal maximal möglich ist. Wir dürfen 100 Personen in diesen Saal lassen, und da sind wir mitgezählt. Zusammen mit Stadträten und wie im Oktober mit Abteilungsleitenden sind wir bereits 60 Personen. Plus 33 Einbürgerungswillige inklusive Familien, dann sind wir schon weit über 100. Wir haben uns verschiedene Varianten überlegt. Einbürgerungen verschieben, keine Einladungen abgeben, keine anderen

Gäste zulassen – alles schlechte Lösungen. Wenn ich schon die 10 nicht treffe, habe ich wenigstens probiert, die 9 zu treffen. Aus vielen ganz schlechten Lösungen habe ich dann die herausgenommen, wo ich das Gefühl hatte, die ist noch am wenigsten schlecht. Das Resultat von Rückmeldungen hat mir aber gezeigt, dass ich auch die 9 nicht getroffen habe, sondern höchstens die 8. Ich dachte, Einbürgerungswillige müssten sich anmelden und ich lese gar keine Namen vor, weil das wiederum unfair gewesen wäre gegenüber denjenigen, die keinen Platz gehabt hätten. Aufgrund von Rückmeldungen, die ich erhalten habe, habe ich mich anders entschieden. Ich werde trotzdem alle Namen vorlesen, werde aber aufs Aufstehen verzichten, dann sind alle gleichbehandelt. An der maximalen Platzzahl kann ich leider auch nichts ändern. Aber das ist immerhin eine Korrektur beim Vorgehen und ich hoffe, dass damit alle zufrieden sind. Damit ist die heutige Sitzung beendet.

Sitzungsende: 22.10 Uhr

Beilagen

1. Motion Gewährleistung von Bargeldzahlungen in Einrichtungen der Stadt Kreuzlingen
2. Motion Verzicht auf mündliche Begründung bei parlamentarischen Vorstössen – mehr Zeit für Diskussion

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident	Der Sekretär
Die Vizepräsidentin	Der Stimmenzähler

GR Georg Schulthess
Romanshornerstrasse 134
8280 Kreuzlingen
georg.schulthess@ziil.ch

Motion Gewährleistung von Bargeldzahlungen in Einrichtungen der Stadt Kreuzlingen

Kreuzlingen 30.08.2024

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 46 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgende Motion ein:

Der Stadtrat wird beauftragt die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass:

in städtischen Einrichtungen und Infrastrukturen die Möglichkeit der Barzahlung gewährleistet wird. Das Bezahlen mit Bargeld darf gegenüber anderen Zahlungsmitteln keine Einschränkung erfahren, noch zur Benachteiligung des Bezahlers führen.

Begründung:

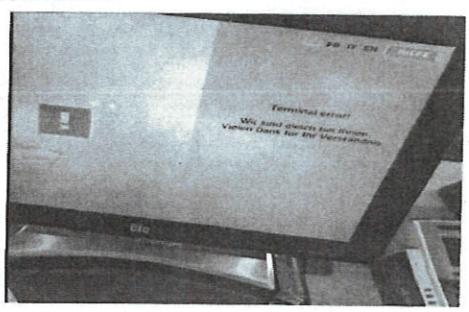
Die Motion hat zum Ziel, das Bargeld zu stärken. Die Motion hat nicht zum Ziel, das digitale Zahlen zu behindern.

Eine natürliche Entwicklung zu vermehrter Bargeldlosigkeit ist der Effizienzlogik geschuldet. Problematisch ist die erzwungene Bargeldlosigkeit. Es ist ein Trend festzustellen, dass die Bezahlung mit Bargeld immer weiter eingeschränkt wird. Als Beispiel können Ticketautomaten, öffentliche Veranstaltungen oder auch öffentliche Toiletten angeführt werden. Dieser Trend hin zum bargeldlosen Zahlungsverkehr wird früher oder später (wenn nicht bereits geschehen) in die Amtsstellen überschwappen.

Bargeld ist ein gesetzlich verankertes Zahlungsmittel (NBG und WZG), welches immer noch von einem grossen Teil der Bevölkerung genutzt wird. Mittels zunehmender Einschränkungen für Barzahlungen wird versucht, das Bargeld immer weiter zurückzudrängen. Argumentiert wird mit der wirtschaftlichen Effizienz sowie mit der Bekämpfung von Geldwäscherei etc. Diese berechtigten Anliegen vermögen die Einschränkung der freien Bargeldnutzung nicht zu rechtfertigen.

Die Bargeldnutzung ist ein zu hohes Gut. Aus diesem Grund soll die Stadt Kreuzlingen gewährleisten, dass in seinem Einflussbereich Zahlungen mit Bargeld angenommen werden und diese gegenüber anderen Zahlungsmitteln nicht schlechter gestellt sind. Bei hohen Transaktionsvolumen, wie z. B. die Entrichtung der Grundstückgewinnsteuer, ist die Barzahlung nicht zweckmässig. Deshalb sind übergrosse Bargeldzahlungen mit bereichsweisen definierten Obergrenzen oder anderweitig geeigneter Regelung zu unterbinden.

Georg Schulthess



Ausfall Zahlungsverkehr schweizweit am 23.8.2024->

Mitunterzeichner der Motion von Gewährleistung von Bargeldzahlungen in Einrichtungen der Stadt Kreuzlingen

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1	
2	
3	
4	
5	

Kreuzlingen, September 2024

Motion „Verzicht auf mündliche Begründung bei parlamentarischen Vorstössen – mehr Zeit für Diskussion"

Das Geschäftsreglement des Gemeinderates soll so revidiert werden, dass Motionen, Postulate und Interpellationen ausschliesslich schriftlich und nicht mehr zusätzlich mündlich begründet werden.

Begründung

Vorstösse im Gemeinderat sind wichtige Instrumente politischer Einflussnahme des Gemeinderates. Mit diesem Vorstoss sollen diese politischen Rechte keinesfalls eingeschränkt werden. Die mündlichen Begründungen der Motionen, Postulate und Interpellationen an den Gemeinderatssitzungen nehmen allerdings viel Zeit in Anspruch. Mit zunehmender Zahl parlamentarischer Vorstösse wird deutlich, dass nach Behandlung der Botschaften und Begründung neu eingegangener Vorstösse weniger Zeit und Konzentrationsfähigkeit für Diskussion bereits beantworteter Vorstösse übrig bleibt. Überlange Sitzungen sind auch keine befriedigende Lösung. Eine gute Begründung kann auch schriftlich mit dem Vorstoss erfolgen. Zwischen schriftlicher und mündlicher Begründung sollten auch keine neuen Erkenntnisse hinzukommen,. Die Zeit im Plenum des Gemeinderates sollten wir besser dafür nutzen, über Botschaften und bereits beantwortete Vorstösse zu diskutieren. Auch deshalb, weil der mündlichen Begründung nicht widersprochen werden darf – die Grundaufgabe des Parlamentes aber doch die Debatte ist, bei der alle Gemeinderatsmitglieder ihre Argumente einbringen können, bei der es Widerspruch und Kompromissfindung gibt.

Parlamentarischer Vorstoss - Unterschriftenblatt

Titel des Vorstosses Motion Verzicht auf mündliche Begründung bei parlamentarischen Vorstössen - mehr Zeit für Diskussion"

Vorstösser / Vorstösserin

Name Vorname	Unterschrift
Müller Elina	E. Müller

Mitunterzeichner / Mitunterzeichnerin

Name Vorname	Unterschrift
Dogru Osman	[signature]
Herzog Ruedi	[signature]
Hebeisen Andreas	[signature]
Cuntzemüller Charis	[signature]
Wittgen Kathrin	[signature]
Sawo Sarah	[signature]
Brühwiler Simon	[signature]
Herzog Fabienne	[signature]
Schläfli Gabriela	[signature]
Salzmann Alexander	[signature]

2

Name Vorname	Unterschrift
Brändli Andreas	
Cornel Silvia	
Rüegger Markus	
Riberti Fabrizio	